

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Unia-Chefin Alleva: Hände weg von den Frauenrenten! Seite 2



Der Unwille der Männer

50 Jahre Frauenstimmrecht: Geschichtsinstitut Professorin **Caroline Arni** sagt, warum es gar keine Volksabstimmung gebraucht hätte +++ So mutig waren die **Pionierinnen** +++ Kommt jetzt der **dritte Frauenstreik?** **Seiten 10-13**

Ausbruch im Altersheim



Pflegerin Sandra Schmied erzählt, was Corona-Kranke im Heim bedeuten. Seite 5

SNB-Jordan bewegt sich

Jahrelang war er stur, jetzt liefert er endlich mehr Gewinn ab. Seite 3

Tertiär-Sektor: Das läuft schief

Worunter Mitarbeitende wirklich leiden. Die grosse Umfrage. Seite 4

Alles zum Pieks

Die Corona-Impfung ist in aller Munde. Und in immer wie mehr Körpern. work klärt die wichtigsten Fragen. **Seiten 14-15**



workedito
Marie-Josée Kuhn

DER TEPPICH-KLOPFER

Ein Teppichklopfer. Ein Teppichklopfer auf schwarzem Grund. Ein Teppichklopfer auf schwarzem Grund auf einem Abstimmungsplakat mit der Parole «Frauenstimmrecht Nein!». Das genügt vollends. Um den Schweizerinnen und Schweizern 1946 die männliche Postordnung durchzugeben: Politik ist Männersache, Frauen bleibt bei eurer Hausarbeit! Einmal mehr fand damals

Die Männer wollten einfach nicht.

Zürich. Das gegnerische Komitee beauftragte einen der erfolgreichsten Schweizer Grafiker mit dem Auftrag fürs Plakat. Und «Reklamezeichner» Donald Brun, der auch für Gauloise und Persil arbeitete, enttäuschte auch diesmal nicht. In seiner minimalistischen Perfektion (Reduce to the max!) überzeugt sein Teppichklopfer heute noch. Deshalb lassen wir ihn zu 50 Jahren Frauenstimmrecht auf der Frontseite dieser Ausgabe nochmals aufleben. Um die Ängste der Stimmrechtsgegner zu zeigen. Zwischen den Zeilen will uns das Brun-Plakat nämlich auch noch sagen: Wenn die Frauen erst das Stimmrecht haben, dann müssen die Männer folgen. Sonst tätscht s!

SO SIMPEL. 123 Jahre regierten die Männer in der Schweiz solo. Und schlossen die Frauen aus der Politik aus. «Es war der reine Unwille der Männer», sagt zu dieser Chronifizierung eines Unrechts die Geschichtspräsidentin Caroline Arni im grossen work-Interview (Seiten 10–11). Die Mehrheit der Männer habe ihre politischen Rechte einfach nicht mit den Frauen teilen wollen. So simpel sei das. Und Arni wird noch deutlicher: Das Frauenstimmrecht hätte auf verschiedenen Wegen eingeführt werden können, vom Bundesgericht auf dem Verfassungsweg oder vom Parlament auf Gesetzesebene. Doch die Männer wollten nicht. Sie entschieden sich für die allerhöchste aller hohen Hürden zur Einführung des Frauenstimmrechts: für einen Urnengang. Denn für sie stand viel auf dem Spiel.

STÜRZEN. Die Stimmrechtsgegnerinnen und -gegner hatten Angst vor der Auflösung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung: dass die Frauen nach Erhalt des Stimmrechts plötzlich vermännlichen und die Hausarbeit vernachlässigen würden. Dass umgekehrt die Männer verweiblichen könnten. Dass also die Stimmrechtskämpferinnen diese «göttliche Ordnung» stürzen wollten. Und damit die Männer von ihrem Tabouretti. Im Rückblick gesehen: So unrecht hatten die Stimmrechtsgegner mit ihren Befürchtungen gar nicht. Immerhin sind wir mit dem Stürzen seit 1971 ein paar Runden und zwei Frauenstreiks weitergekommen. Vielleicht schon bald mit einem dritten?

Heftiger Aufstand gegen die neuste AHV-Attacke

Hände weg von den Frauenrenten!

Rentenabbau für die Frauen? Nein! Bereits mehr als 250 000 haben den Appell der Gewerkschaften unterzeichnet.

Damit haben die rechten Herren der ständerätlichen Sozialkommission wohl nicht gerechnet, als sie den neusten Angriff auf die AHV-Frauenrenten starteten: Innert knapp einer Woche unterschrieben bereits eine Viertelmillion Menschen den Appell «Hände weg von den Frauenrenten!». Lanciert hat den offenen Brief an die Ständeräte (siehe rechts) der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Zu den 43 Erstunterzeichnerinnen gehört auch Unia-Präsidentin Vania Alleva.

LOHNBETRUG

Die Kommissionsmehrheit will noch weiter gehen als der Bundesrat. Sie legt eine AHV-Sanierung auf dem Buckel der Frauen vor. Denn die Erhöhung des Rentenalters ist nichts anderes als eine Rentensenkung für Frauen. Dabei wäre das Gegenteil nötig. Denn Frauen erhalten bereits heute rund einen Drittel weniger Rente als Männer – auch weil sie während ihres Erwerbslebens benachteiligt sind. In einer im Auftrag von work erstellten Studie wies das Büro BASS bereits im Sommer 2018 nach: Jede Berufsfrau wird in ihrem Arbeitsleben um volle 303 000 Franken betrogen. Nachzulesen hier: rebrand.ly/bassstudie. (cs)

workfrage: Sollen Frauen ein Jahr länger arbeiten?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



6 VON 43 ERSTUNTERZEICHNERINNEN: Unia-Präsidentin Vania Alleva, SP-Nationalrätinnen Tamara Funicello, Barbara Gysi, Mattea Meyer, Unia-GL-Mitglied Véronique Polito, Grünen-Nationalrätin Franziska Ryser (von oben links nach unten rechts).

Der Brief an die Ständeräte

Sehr geehrter Herr Ständerat

Haben Sie gewusst, dass Frauen immer noch rund einen Drittel weniger Rente erhalten als Männer? Frauen leisten den grössten Teil der Pflege- und Sorgearbeit. Das wird in der Rentenberechnung kaum berücksichtigt. Obwohl auch Frauen ihr Leben lang arbeiten, beziehen sie im Alter oft viel zu tiefe Renten. Es ist beschämend.

Trotzdem legt die Kommission des Ständerates nun eine AHV-Abbauvorlage auf dem Buckel der Frauen vor. Das ist inakzeptabel! Denn die Erhöhung des Frauenrentenalters ist eine Rentensenkung. Und wieder einmal sind es die Frauen, die die AHV sanieren müssen.

Das Schweizer Frauenstimmrecht ist nun 50 Jahre alt. Fast gleich alt ist das Versprechen der Politik, dass auch Frauen im Alter von der AHV leben können. Doch anstatt dafür zu sorgen, dass dies endlich erreicht wird, machen Sie genau das Gegenteil, und das knapp zwei Jahre nach dem Frauen*streik!

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ständerat, diesen Affront rückgängig zu machen. Unsere Forderungen sind klar:

- Wir wollen eine bessere Rentenabsicherung im Alter und höhere Frauenrenten.
- Wir lehnen die Erhöhung des Frauenrentenalters ab, weil Frauen während des ganzen Erwerbslebens diskriminiert werden.

Wir brauchen eine Reform, welche die AHV-Renten verbessert, damit diese den Lebensbedarf von allen endlich angemessen deckt.

HIER UNTERSCHREIBEN: APPELL.FRAUENRENTEN.CH/UNTERSCHREIBEN

Deutscher Gewerkschaftsbund mahnt EU-Kommission:

Der Schweizer Lohnschutz muss bleiben!

Die flankierenden Massnahmen der Schweiz seien «ein Vorbild» und dürften nicht abgebaut werden. Das fordern die deutschen Gewerkschaften von Berlin und Brüssel.

JONAS KOMPOSCH

Am 3. Februar ist die Schweizer Staatssekretärin Livia Leu erneut nach Brüssel geflogen – dies bereits zum zweiten Mal im neuen Jahr. Triftige Reisegründe hat Leu allemal: als neue Chef-Unterhändlerin des Bundesrates soll sie das Rahmenabkommen mit der EU präzisieren und unter Dach und Fach bringen. Doch hierzulande schmilzt die Unterstützung für den bisherigen Vorschlag wie derzeit der Schnee. Nicht zuletzt deshalb, weil mit der Übernahme lascher EU-Richtlinien der Schweizer Lohnschutz ausgehöhlt würde. Das kritisieren die Gewerkschaften schon lange. Nun tun es zunehmend

Die Untergrabung des Lohnschutzes in einem Land geht uns alle an. Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn dies in einem Land gelingt, dann öffnet es die Tür für die Schwächung des Schutzes in anderen Ländern. Wir haben dies in Deutschland am Beispiel der Fleischindustrie erlebt und dabei gesehen, dass die Kontrollen insgesamt eher zu schwach waren. Mit dem neuen Arbeitnehmerkontrollgesetz werden die Kontrollen nun verstärkt. Umso mehr wäre es jetzt falsch, von der Schweiz zu verlangen, die Kontrollen abzuschwächen. Der DGB unterstützt deshalb die Schweizer Gewerkschaften, die sich im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit ihren flankierenden Massnahmen für die Durchsetzung des Prinzips des „Gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ einsetzen.

Mit freundlichem Gruß

auch Unternehmerinnen und Unternehmer – ganz zum Ärger des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse und der neoliberalen Denkfabrik Avenir Suisse. Beide behaupten, das Schweizer Lohnniveau sei nicht in Gefahr. Eines Besseren belehrt wurden jetzt wenigstens ihre Gesinnungsfreunde in der EU-Kommission. Ihnen nämlich schickte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am 20. Januar eine unmissverständliche Protestnote.

Das Schreiben, das auch der deutsche Arbeitsminister Huber-

tus Heil (SPD) erhielt, ist voller Lob für den Schweizer Lohnschutz: «Die Schweizer flankierenden Massnahmen (FlaM) sind ein Vorbild.»

«NICHT NACHVOLLZIEHBAR»

Die FlaM in der Personenfreizügigkeit seien eben kein «Papiertiger», sondern garantierten mit ihren Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Dass die EU-Kommission nun von der Schweiz verlange, die FlaM «abzubauen oder abzuschaffen», sei daher «nicht

nachvollziehbar». Scharf kritisiert der 6 Millionen Mitglieder starke DGB auch, dass deutsche Arbeitnehmende in der Schweiz künftig zu Löhnen beschäftigt werden könnten, «die weit unterhalb des ortsüblichen Niveaus liegen». Dies sei nicht nur diskriminierend, sondern auch «der Boden für die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit».

Lohnabhängige unterschiedlicher Herkunft dürften nie gegeneinander ausgespielt werden. Sobald dies in einem Land gelinge, öffneten sich Tür und Tor für Verschlechterungen in anderen Ländern. Das habe jüngst die deutsche Fleischindustrie gezeigt. Mangelhafte Schutzbestimmungen führten dort zu massenhaften Corona-Infektionen unter prekär Beschäftigten aus Osteuropa. Auch deshalb unterstützt der DGB die Schweizer Gewerkschaften in ihrer Verteidigung der Personenfreizügigkeit und der FlaM.

ALLER ANFANG IST SCHWER: Nationalbankchef Thomas Jordan sperrte sich lange gegen höhere Ausschüttungen. Jetzt beugt er sich dem wachsenden Druck. FOTO: KEYSTONE



Die Nationalbank lässt in der Coronakrise Geld springen – endlich

Und der Jordan bewegt sich doch!

Die Nationalbank (SNB) erhöht ihre Gewinnausschüttung an Bund und Kantone auf 6 Milliarden Franken pro Jahr. Macht total 24 Milliarden mehr. Es geht also doch!

RALPH HUG

Steter Tropfen höhlt den Stein. Diese Volksweisheit trifft jetzt auch auf die Nationalbank zu, die konservativste

«Ueli Maurer war einst Bauernsekretär, jetzt hat er die SNB angemolken.»

POLITBEOBSACHTER PETER BODENMANN

Institution im Land. Jedenfalls unter Thomas Jordan als Chef. Jahrelang wehrte dieser alle Forderungen ab, seine prall gefüllten Tresore etwas mehr zu öffnen. Für die AHV, den Klimawandel oder andere drängende Aufgaben. Sein Argument: Er müsse Geldpolitik machen, nichts anderes. Und verschanzte sich ansonsten hinter der Unabhängigkeit der Bank. Doch diese ist nur Schein. Denn der Bundes-

rat wählt das dreiköpfige SNB-Direktorium. Er könnte es auch wieder absetzen, wenn er denn wollte. Die Forderungen an die Nationalbank wurden immer lauter und kamen vor allem von links. Die Bank sei nicht nur Währungshüterin, sie müsse auch eine gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, so die Begründung.

DIE UNIA FREUT'S

In der Coronakrise wurde der Druck nun zu gross. Jetzt erhöht die SNB ihre Ausschüttungen an Bund und Kantone. Waren es bisher 2 bzw. 4 Milliarden, sind es neu bis zu 6 Milliarden pro Jahr für die Periode von 2020 bis 2025 – 24 Milliarden mehr als erwartet. Das steht in der neuen Vereinbarung zwischen der SNB und dem Eidgenössischen Finanzdepartement, die am 29. Januar abgeschlossen wurde. Der Maximalbetrag fliesst jedoch nur, wenn der Bilanzgewinn der SNB eine gewisse Höhe erreicht. Sonst ist es weniger. Die Kantone erhalten jeweils zwei Drittel und der Bund einen Drittel der Ausschüttungen.

Was jeder Kanton mit dem unerwarteten Geldsegen jetzt machen will, ist ihm überlassen. Rot-grüne Politikerinnen und Gewerkschafter

in den Kantonen also aufgepasst: Das Geld muss jetzt politisch richtig gesteuert und für die Coronakrise eingesetzt werden. Und nicht für Steuerenkungen!

In den SNB-Büchern lagern inzwischen an die 1000 Milliarden Franken. Ein nie dagewesenes Riesenpolster. Allein letztes Jahr machte Jordan mit den Devisenkäufen zur Schwä-

MEHR ZUM THEMA

Aktionäre und andere **Krisengewinner** sollen zur Krisenbewältigung beitragen. Argentinien macht's vor.

Seite 7

chung des Frankens 21 Milliarden Gewinn. Das ist ausgewiesen, faktisch aber dürfte es weit mehr sein. Das gibt selbst bürgerlichen Politikerinnen und Politikern zu denken: Warum soll ausgerechnet die schwerkranke SNB keinen Beitrag an den teuren Kampf gegen das Coronavirus leisten?

UELI MAURERS GEJAMMER

Was die Linke seit Jahren fordert, rückte endlich in Griffweite. Nur die Tugendwächter der NZZ traten auf die Bremse. Das Blatt hob noch Anfang Januar präventiv den Warnfinger: Die

Bank sei kein Goldesel und das Geld schnell wieder weg. Vier Milliarden zu gewähren sei genug, hiess es in einem Artikel. Jetzt sind es doch mehr, das ist erfreulich. Froh ist auch Serge Gaillard, der scheidende Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung und früherer SGB-Chefökonom. Er sagt zu work: «Das Geld kommt zur rechten Zeit. Es verhindert Sparpakete im Nachgang zur Covid-Krise.» Für ihn ein grosser Erfolg. Just am Tag, als die SNB ihren Geldsegen kommunizierte, hatte Gaillard seinen letzten Arbeitstag. Sein positiver Einfluss auf die Bundesfinanzen wird fehlen.

Die SNB-Milliarden strafen nun auch Bundesrat Ueli Maurer Lügen. Der SVP-Finanzminister hatte in den letzten Wochen ein grosses Lamento angestimmt. Er behauptete, es sei kein Geld mehr da für mehr Coronahilfen. Dieses Gejammer werden wir uns jetzt nicht mehr anhören müssen. Oder wie es work-Autor und Politbeobachter Peter Bodenmann ausdrückt: «Ueli Maurer war einst Bauernsekretär, jetzt hat er die SNB angemolken.» Denn, so Bodenmann: «Faktisch finanziert jetzt Thomas Jordan die Covid-Krise der öffentlichen Hand aus seiner Portokasse.»

Impfstoff vom Jobkiller?

NEUENBURG. Der Bund verhandelt mit Johnson & Johnson über den Kauf eines weiteren Corona-Impfstoffs. Das bestätigte am 30. Januar ein Firmensprecher in der «Sonntagszeitung». Pikant: Bloss zwei Tage früher schockierte der US-Pharmariese die Stadt Neuenburg. Seine dortigen beiden Produktionsstätten will er nach Puerto Rico und Mexiko verlagern. 320 Mitarbeitende sollen ihre Stelle verlieren. Sie dürfen noch bis zum 11. Februar Vorschläge zum Joberhalt machen. «Brutal und viel zu kurz» sei diese Frist, kritisiert Unia-Sekretärin Silvia Locatelli, zumal der Abbau erst auf Sommer 2022 geplant sei. Zudem verweigere der Konzern, in dem nicht einmal ein GAV gilt, den Dialog mit der Gewerkschaft komplett. Locatelli: «Das verletzt die Rechte der Mitarbeitenden und zeugt von schwerem Mangel an Respekt.» Auf heute Freitag hat die Unia zu einer Belegschaftsversammlung aufgerufen.



PIKANT: Johnson & Johnson verhandelt über Impfstofflieferungen – und baut Stellen ab. FOTO: KEYSTONE

Etappensieg gegen Amazon

ALABAMA (USA). Seit 25 Jahren geschäftet Amazon in den USA. Doch dort ist der Onlinehandels-gigant noch immer eine Gewerkschaftswüste. Das könnte sich am 8. Februar ändern. In einem Logistikzentrum im Bundesstaat Alabama ist es Mitarbeitenden erstmals gelungen, eine werks-umfassende Abstimmung durchzusetzen. Damit können die 6000 Beschäftigten des Standorts entscheiden, ob sie künftig gewerkschaftlich vertreten werden wollen. Mit Schmutzkampagnen, Entlassungen und teuren Anwaltskanzleien aus dem Trump-Umfeld hatte der Konzern bisherige Organisationsversuche seiner 400 000 US-Mitarbeitenden im Keim erstickt.

Burma-Proteste international

CAROUGE GE. Die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) mit Sitz in Carouge sowie der in Brüssel ansässige Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) haben den Militärputsch in Burma (Myanmar) scharf verurteilt und Konsequenzen gefordert. Der Sturz der gewählten Regierung sei «ein direkter Stich in das Herz von Burmas Übergang zur Demokratie», schreibt die BHI. Alle politischen Gefangenen müssten sofort befreit und die Menschenrechte wiederhergestellt werden. Und der Gewerkschaftsbund betont, dass Putschgeneral Min Aung Hlaing von «weitreichenden Geschäftsinteressen» geleitet und mutmasslich in Kriegsverbrechen gegen ethnische Minderheiten verwickelt sei. Schon von 1962 bis 2011 herrschte im südostasiatischen Land ein Militärregime.

Corona: Das Leiden geht weiter

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob und was die politische Schweiz aus den Fehlern des letzten Sommers gelernt hat.

Die Schweiz befindet sich weiterhin in einem Büsi-Lockdown. Die täglichen Fallzahlen sind zurückgegangen, die Positivitätsrate gesunken. Und trotzdem bleiben die Expertinnen und Experten besorgt. Denn der Anteil der mutierten Viren an den Ansteckungen steigt rasant. Und die Mutanten sind wesentlich ansteckender als die bisherige

Covid-Variante. Passt die Schweiz nicht auf, droht ihr ein Szenario wie in Portugal. Dort lockerte die Regierung die Massnahmen vor Weihnachten massiv. Und lief im Januar in eine katastrophale dritte Welle. Das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen. Das Land musste um internationale Hilfe bitten.

Wie schnell es gehen kann, hat die Schweiz im Herbst in Ansätzen erlebt. Wegen der Haurucköffnung, die die rechten Parteien und einige Wirtschaftsverbände erzwarngen, lief die Schweiz in den Hammer der zweiten

Welle, die uns immer noch in Atem hält.

LERNKURVE. Die Covid-Krise ist auch eine ökonomische Krise. Aber nicht für alle. Denn die Folgen des Gesundheitsschutzes verschärfen die Umverteilung von unten nach oben. Etwa von den Gewerblinnen und Wirten zu den Immobilienkonzernen. Zum Beispiel von den Kurzarbeitenden zum Aktionariat. Viele Kulturschaffende und Kleinselbständige leiden. Zwar konnten die Linke im Bundeshaus und die Gewerkschaften im Laufe der Pan-

demie-Monate einige Verbesserungen erreichen. Doch wertvolle Zeit wurde vertan, weil die Corona-Lernkurve bei rechten Parteien und den Wirtschaftsverbänden wesentlich weniger steil ist als jene der Ansteckungszahlen. Aus ideologischen Gründen liessen sie ihre Mitglieder im Stich. Weil alles, was vom Staat kommt, für sie des Teufels ist. Selbst ein Rettungsring. Immerhin fordert unterdessen nur noch die SVP eine «sofortige Öffnung» der Beizen und Läden.

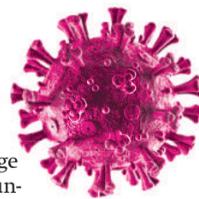


FOTO: GETTY

BUND VORSICHTIGER. Gelernt aus den Fehlern des Sommers hat der Bundesrat. Er führt wieder stärker. Dazugelernt haben auch viele Kantone. Sie setzen auf Massentests und haben den verträdelten Aufbau der Impfinfrastruktur nachgeholt. Aber einige – auch grosse – sind immer noch am Flicker der Fehler des Sommers und Herbstes. Was nach den ersten vernünftigen Wellen jedem vernünftigen Menschen klar sein müsste: Das Virus lässt sich nicht von ideologischen Traumtänzeren beeindrucken. Sondern nur von harten Massnahmen.

CLEMENS STUDER

Neue Unia-Umfrage in der Dienstleistungsbranche: Alarmierende Resultate

Zwei von drei wollen den Job wechseln



Von den Menschen in Dienstleistungsberufen ist die Mehrheit mit den Arbeitsbedingungen nicht zufrieden.

CHRISTIAN EGG

Verkäuferinnen, Pfleger, Putzkräfte: Ihre Arbeit ist wichtig. Für uns alle. Das hat spätestens die Coronakrise gezeigt. Aber gerade in diesen neuerdings als «systemrelevant» bezeichneten Berufen sind die Löhne so tief, dass sie vielen nicht zum Leben reichen. Andere werden von der Arbeit krank oder haben kaum mehr Zeit für die Familie.

Eine neue Umfrage der Unia Zürich-Schaffhausen liefert jetzt detaillierte Zahlen. Und die sind eindeutig. So sagen zwei von drei Befragten, sie möchten in den nächsten zwei Jahren am liebsten weg von ihrem Job. Im Gastgewerbe und in der Reinigung haben

Bei fast der Hälfte reicht der Lohn nicht zum Leben.

«Schon das sollte den Arbeitgebern zu denken geben. Wollen sie wirklich Bedingungen, unter denen es den meisten Leuten aushängt?»

ZWEI JOBS, DAMIT'S REICHT

Die Umfrage zeigt auch die Gründe für diese Unzufriedenheit. An erster Stelle: die tiefen Löhne. Auf die Frage, ob der Lohn zum Leben reiche, antworten nur gerade 22 Prozent mit Ja. Weitere 33 Prozent kreuzten «Ja, mit Einschränkungen» an. Der Rest, also fast die Hälfte, kann die Rechnungen nicht



KRANKSPAREN: Weil das Geld nicht reicht, verzichten viele in Tieflohnberufen Beschäftigte auch auf Arztbesuche und Medikamente. Vier von zehn Teilnehmenden an der Unia-Umfrage sagen, die Arbeit gefährde oder beeinträchtige ihre Gesundheit. FOTO: KEYSTONE

bezahlen, ist auf Unterstützung angewiesen oder hat zwei Jobs, damit es reicht. Was das bedeutet, deutet ein 56-jähriger Koch im Kommentarfeld aus: «Seit sieben Jahren versuche ich meine Matratze zu wechseln, aber ich schaffe es nicht. Ende Monat habe ich nichts übrig.»

MEDIKAMENTE? KEIN GELD

Noch schlimmer ist es in der Coiffeurbranche. Dort reicht bei 62 Prozent der Befragten der Lohn nicht aus. In der Reinigung sogar bei 72 Prozent, also bei fast drei Vierteln aller Beschäftigten. Eine 40-jährige Reinigerin schreibt:

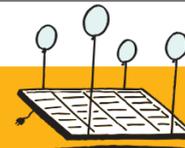
«Nur wenn es gar nicht anders geht, gehen wir zum Arzt oder in die Apotheke.» Stress im Job plus Stress mit dem Geld – das macht krank. Ganze 41 Prozent sagen, die Arbeit gefährde oder beeinträchtige die Gesundheit. Unter den Berufstätigen in Pflege und Betreuung sind es sogar 60 Prozent. Am meisten genannt werden psychische Beschwerden wie Stress, Burnout oder Depressionen.

ES MUSS ETWAS GEHEN

1100 Menschen haben an der Umfrage teilgenommen, drei Viertel davon waren Frauen. Unia-Mann Florian Keller

sagt, die Ergebnisse dienen als Basis für die weitere Arbeit: «In Diskussionsgruppen mit den Menschen aus diesen Berufen werden wir jetzt festlegen, welches die Hauptanliegen für die nächsten Jahre sind.» Die Unia Zürich-Schaffhausen habe sich entschlossen, jetzt einen Schwerpunkt bei den Dienstleistungsberufen zu setzen, weil hier die meisten Leute tätig und die Bedingungen oft schlecht seien. Und zudem, so Keller, «war es vor gut 15 Jahren das Gründungsversprechen der Unia, sich im Dienstleistungssektor als starke Gewerkschaft zu positionieren. Das treiben wir auch jetzt noch voran.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Klimaneutrale Schweiz: Zerstört das solar- und windgetriebene Kapital den fossilen Kapitalismus?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga will bis 2050 eine fast klimaneutrale Schweiz. Die Klimabewegung und andere wollen den Durchbruch bis 2030 schaffen. In welcher Logik werden wir dieses Ziel wann und wie erreichen? Müssen wir den Konsum senken, um in den Klimawandel zu investieren? Oder wird die technische Entwicklung alle Erwartungen übertreffen? Eine Auslegeordnung.

Wie schnell kann die Schweiz klimaneutral werden? Bisher hatten wir folgende Ausgangslage: Der Kanton Wallis wollte und will sich bis ins Jahr 2060 Zeit lassen. Obwohl er dank der Wasserkraft und der Sonne die besten Voraussetzungen hätte, um schneller als alle anderen Regionen das Ziel Klimaneutralität zu erreichen. SP und Grüne waren bisher nicht viel schneller unterwegs. Sie peilten zusammen mit der zuständigen SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga 2050 an. Die Klimajugend dagegen und work (www.rebrand.ly/work-klima) hielten und halten das Jahr 2030 für realistisch. Unter dem Druck der Klimajugend haben sich jetzt die Grünen etwas bewegt. Sie wollen die CO₂-Emissionen in der Schweiz bis ins Jahr 2030 halbieren. Und auch die als graue Energie



PFERDE: Dieses Bild stammt aus dem Jahr 1900 und zeigt die 5th Avenue in New York. Noch sind alle mit Pferdekutschen unterwegs.



PFERDESTÄRKEN: Dieses Bild zeigt die gleiche Strasse nur 13 Jahre später. «Game-Changer» Auto: Die Pferde landeten in den Schlachthöfen.

importierten Emissionen. Das wird nicht so anstrengend werden, wie das Beispiel der Autoindustrie zeigt. Die Schweiz stellt nämlich keine Autos her. Aber in jedem Auto, das wir importieren, stecken rund 9 Tonnen graue Energie. Deutsche Autohersteller wie Volkswagen oder BMW wollen diese Werte bis 2030 mindestens halbieren. Sie verpflichten ihre Zulieferer, klimaneutral zu werden. Das heisst: sie erreichen das Ziel der Grünen, ohne dass die Schweiz auch nur einen müden Finger rühren muss.

Trotz aller Kritik: Die Grünen haben sich bewegt, und sie werden sich weiter bewegen müssen. Die Frage ist, in welcher Logik? Müssen wir sparen, müssen wir den Konsum senken, um in den Klimawandel investieren zu können? Noch ist das die vorherrschende

Logik von Klimabewegung, Grünen und SP. Aber: wer ist «wir»?

Und: Vielleicht kommt ja alles ganz anders, als die Mehrheit der Freundinnen und Freunde der Umwelt sich dies heute vorstellen. Weil die technische Entwicklung alle Erwartungen übertrefft. Neudeutsch nennt man dies «Game-Changer», Spielumdreher (siehe Duden-Link rechts).

Game-Changer Windenergie: Die EU will die installierte Leistung aller Windräder auf 300 Gigawatt erhöhen. Das entspricht der Leistung von 200 grossen Atomkraftwerken. Produziert wird vorab Winterenergie.

Game-Changer Sonnenenergie: Die Preise für Solarzellen, Montagesysteme und Wechselrichter befinden sich im freien

Fall. Freilandanlagen werden nächstens auch in der Schweiz Strom für 4 Rappen pro Kilowattstunde produzieren.

Game-Changer Batterien: Mit Batterien kann man – kombiniert mit Solaranlagen – Tages- und Nachtausgleich schaffen. Batterien der neuesten Generation werden pro gespeicherte Kilowattstunde 70 Franken kosten. Und man kann sie 10 000 Mal laden und entladen. Bei diesen Kosten kann man Pumpspeicherwerke glatt vergessen.

Game-Changer Wasserstoff: Man kann – wie neuere Studien zeigen – in Spanien mit Solarenergie Strom produzieren. Diesen vor Ort in Wasserstoff umwandeln. Und mittels Pipeline ins Zentrum von Europa pumpen. Kosten pro Kilowattstunde absehbar nur 5 Rappen.

Game-Changer Brennstoffzellen: Stationäre Brennstoffzellen werden immer billiger und effizienter. Sie werden künftig auch als Kraft-Wärme-Kopplung und Notstromaggregate dienen. Der Industrietechnik-Firma Bosch sei Dank!

Vielleicht werden wir auf gar nichts verzichten müssen. Vielleicht zerstört das solar- und windgetriebene Kapital den fossilen Kapitalismus. Es lohnt sich, das «Kommunistische Manifest» zu lesen, um die Dynamik des Kapitalismus zu begreifen. Und zu bedenken, dass früher die Entwicklung eines Impfstoffes 10 Jahre dauerte. Und beim Corona-Vakzin nur 10 Monate.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/spielaendern
Game-Changer ist für den digitalen Duden «etwas, das bisher geltende Regeln und Mechanismen grundlegend ändert».

● rebrand.ly/billigebatterien
Neue Batterien sollen nicht nur spottbillig werden, sondern auch eine Lebensdauer von mehr als 10 000 Zyklen aufweisen. Sie werden sich auch für stationäre Anlagen rechnen.

● rebrand.ly/hydeal
«Hy Deal» nennt sich das Projekt, das mittelfristig 1 Kilo Wasserstoff für 1,50 Euro aus Spanien über Gasleitungen ins Ruhrgebiet liefern will. Entspräche lächerlichen 5 Rappen pro Kilowattstunde.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Corona-Ausbruch im Altersheim Pflegerin Sandra Schmied (50) und Pfleger Jan Honegger (28) erzählen

«Bei den ersten Symptomen ist es schon zu spät»

Immer wieder kommt es in Altersheimen zu Corona-Ausbrüchen mit vielen Kranken und Todesfällen. Und meistens passiert das «auf einen Chlapf».

CHRISTIAN EGG

Der Anfang war banal. Jemand unter den Pflegenden fühlt sich nicht fit und wird positiv auf Corona getestet. Die Leitung des Altersheims im Kanton Bern schickt die Person sofort nach Hause. Aber kurz darauf werden weitere Pflegende krank. Jetzt werden alle getestet, auch die Seniorinnen und Senioren. Es ist eine Woche vor Weihnachten.

Das Resultat war ein Schock, erinnert sich Sandra Schmied, 50, die in der Pflegeabteilung des Heims arbeitet: «Bei uns waren von 26 Bewohnerinnen und Bewoh-

«Ich komme mir manchmal vor wie in einem Krieg.»

PFLEGERIN SANDRA SCHMIED

nern 23 positiv. Und von den 20 Mitarbeitenden waren es 18. Auf einen Chlapf!»

Schmied und eine Kollegin sind negativ und arbeiten weiter, unterstützt von Pflegenden aus anderen Häusern. Heute ist das Heim zwar wieder frei von Corona. Aber die hohe Belastung hat Spuren hinterlassen. Schmied: «Wöchentlich fällt bei uns jemand aus wegen irgendeiner Krankheit.» Kürzlich sei ihr plötzlich heiss und schwindlig geworden, berichtet die Pflegefachfrau. «Ich ging zum Arzt. Der sagte: Frau Schmied, sie sind erschöpft.» Manchmal komme sie sich vor wie in einem Krieg, sagt sie: «Der Ausnahmezustand hört einfach nicht auf. Seit bald einem Jahr.»

KEINE ZEIT ZUM TRAUERN

Auch bei Jan Honegger, 28, Pfleger in einem Thurgauer Altersheim, war es ein Arbeitskollege, der das Virus ins Haus brachte. Er wird sofort heimgeschickt – aber auch hier ist es schon zu spät: In der Wohngruppe, in der er arbeitete, werden alle 30 Bewohnerinnen und Bewohner und auch alle Pflegenden positiv getestet. Honegger selber wird jetzt in die Corona-Wohngruppe versetzt: Er hatte sich bereits wenige Wochen zuvor im Zivildienst mit Corona angesteckt – und ist jetzt immun.

Fast einen Monat lang wütet das Virus. Acht der betagten Menschen sterben. Honegger sagt: «Phasenweise war ich emotional auf der Kippe. Kaum war jemand gestorben, war schon wieder die

ERSCHÖPFT: Sandra Schmied fühlt sich «im Ausnahmezustand seit fast einem Jahr».

FOTO: MATTHIAS LUGGEN



nächste Person in kritischem Zustand. Wir hatten nicht einmal Zeit zum Trauern.»

Endlich, kurz nach Weihnachten, ist das Größte überstanden. Honegger wechselt in seine angestammte Wohngruppe zurück. Am ersten Tag kommt eine neue Bewohnerin. Der Coronatest zeigt: Sie ist positiv. Obwohl sie bis zum Vorliegen des Resultats in Quarantäne war, verbreitet sich das Virus jetzt in Honeggers Wohngruppe, «wohl über uns Mitarbeitende», wie er sagt. Die Bilanz hier: 14 von 20 Bewohnerinnen und Bewohnern erkrankten und 10 von 15 Mitarbeitenden.

TESTEN, TESTEN, TESTEN

Trotz aufwendiger Schutzmassnahmen kommt es in Heimen immer wieder zu Corona-Ausbrüchen. Mit fatalen Folgen: Von den 6800 Corona-Toten seit Beginn der zweiten Welle im Oktober

starb die Hälfte in Altersheimen. Pfleger Honegger sagt heute: «Wer Symptome zeigt, hat wahrscheinlich schon andere angesteckt. Dann lässt sich ein Ausbruch nicht mehr stoppen.»

Das einzige, was helfen würde: Trägerinnen und Träger

«Phasenweise war ich emotional auf der Kippe.»

PFLEGER JAN HONEGGER

des Virus identifizieren, bevor sie krank werden. Dazu braucht es regelmässige, flächendeckende Tests. In allen Heimen. Seit letzter Woche übernimmt der Bund die Kosten dafür. Das Heim von Jan Honegger hat reagiert und testet jetzt wöchentlich. Bei Sandra Schmied gibt es dagegen keine breiten Tests mehr, seit der Ausbruch vorbei ist.

SCHON ZWEI WELLEN: In Jan Honeggers Heim wird jetzt wöchentlich getestet.

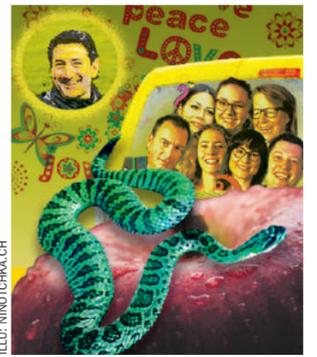
FOTO: STEPHAN BÖSCH



Impfungen im Altersheim: Uri vorn, Bern schnägglet

Der kleine Kanton Uri war der erste. Schon am 15. Januar konnte er melden: Alle Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen haben die erste Corona-Impfdosis erhalten. Ende Januar hat dies auch Luzern bereits geschafft. Gegenwärtig sind beide Kantone daran, die zweiten Impfdosen zu verabreichen. Auch Basel-Stadt hat fürschi gemacht. Auf Anfrage von work gibt der Kanton bekannt, dass rund 2000 der 2700 Menschen in Heimen die erste Dosis bekommen haben (Stand 1. Februar). Bis spätestens Ende Februar sollen es alle sein. Im Thurgau wurden bisher knapp die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner zum ersten Mal geimpft, in Zürich erst rund ein Drittel. Noch langsamer ist Bern. Hier liegt die Quote gar erst bei 16 Prozent.

SCHLUSSLICHT. Der bernische Gesundheitsdirektor und SVP-Mann Pierre Alain Schnegg macht die aktuellen Lieferengpässe für den langsamen Takt verantwortlich. Nur: Der Kanton Bern hat bis Ende Januar vom Bund 63000 Impfdosen geliefert bekommen. Gespritzt hat er davon erst 24000. Gemessen an der Bevölkerung hat Bern die tiefste Quote an Corona-Geimpften der ganzen Schweiz. (che)



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das Paradies

Beim Aufräumen fand die Briefträgerin die Zeitung «für unsere Mitarbeitenden», Ausgabe 6/20. Sie hatte sie noch nicht gelesen und tat das nun. Schwerpunkt der Jahresendausgabe war die



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

neue Strategie «Die Post von morgen, das bin ich». Mitarbeitende aus allen Bereichen äusserten sich dazu und zu ihrer Arbeit. Die Briefträgerin erfuhr, dass es die «young voices» gibt, ein Netzwerk der «jungen Wilden», das sich starkmacht für den Austausch zwischen den Generationen und sich selber Stimme sein wolle. Stichwörter: Mut, Offenheit, Spass, Sinn. Anderswo zeigt ein Mitarbeiter sich froh, dass die Post den Puls der Entwicklungen fühle und «Motor für eine moderne Schweiz» sein wolle. Auch die Identifikation mit dem Unternehmen sei wichtig. Etwas zu

Die neue Postkultur ist eine jubelnde Du-Kultur.

bewegen, Mehrwert generieren zu können als «raison d'être». Von «Leadership» ist die Rede, von «mich selber sein», «Wertschätzung», «Risikofreude», «Kundenorientierung», «Einzigartigkeit». «Die Dinge sagen, wie ich sie denke», «ehrlich, direkt». «Einander helfen», «Fehler wagen». «Die Menschen hinter den Logistik-Services sehen», «Menschen verbinden».

HOI, ROBERTO. Der oberste Chef freut sich darauf, «die Post von morgen aufzubauen, miteinander, füreinander und für eine moderne Schweiz». Ein Interview mit ihm über den «grossen Transformationsprozess». Bereits auf Seite 13 von 43 ist die Briefträgerin geführt und geschüttelt. Sie kommt sich als Angestellte des besten Betriebs der Welt vor (tatsächlich ist es nur die beste Post der Welt, preisgekrönt...). Alle sind so zuversichtlich, so aufgestellt. Alle wollen einander wertschätzen. Fehler sind nicht nur erlaubt, sondern geradezu erwünscht, sind sie doch der Motor des Lernprozesses. Die neue Postkultur ist eine jubelnde Du-Kultur. Und: «Wir bauen um, nicht ab!» – Kein Klirren von eisernen Besen mehr. Das Klima ist gemütlicher geworden. Weil Roberto (Cirillo) Charisma auch in die finsternen Winkel strahlt? So viel Gleichheit, Schwesterlichkeit, Integration und Mitverantwortung! Wie das Paradies auf Erden.

Verwirrt seufzte die Briefträgerin: «Schlange, wo bist du mit deinem Apfel?»

Brexit Niemand ist glücklich

Es hätte wenig gefehlt – und Grossbritannien wäre in einem chaotischen Austritt aus der EU getorkelt. Doch dann kam die Einigung doch noch! An Weihnachten unterzeichneten die Verhandlungsdelegationen aus Brüssel und London einen Kompromiss, bei dem beide Seiten Haare lassen. Er sieht Freihandel vor, ohne Teilnahme am europäischen Binnenmarkt



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

und ohne Personenfreizügigkeit. Glücklich werden die Britinnen und Briten damit nicht werden. Denn der Export auf den Kontinent wird stocken, europäische Arbeitskräfte werden fehlen, und Schottland wird sich vielleicht lösen wollen. Grossbritannien droht eine Zukunft als Kleinbritannien. Der grosse US-Bruder Donald Trump, auf den der britische Ministerpräsident Boris Johnson gesetzt hatte, ist jetzt auch weg.

EUROPAS SINGAPUR? In der Schweiz jubelt die SVP über den Abschluss und sieht in ihm ein Modell für unser Land. Freihandelsvertrag statt Bilaterale und keine Personenfreizügigkeit: da leuchten den Isolationisten & Blocheristen die Äuglein. Offenbar haben sie schon vergessen, dass ihre Kündigungsinitiative, die den Schwexit wollte, vom Volk vor gerade mal vier Monaten bachab geschickt wurde. Und der Erzbischof der Schweizer Neoliberalen, Gerhard Schwarz, jubilierte in der NZZ, der Brexit könnte zum Erfolg werden, wenn «es London gelingt, den Austritt für einen Deregulierungswettbewerb zu nutzen» und ein «europäisches Singapur» zu schaffen. Will heissen: tiefe Steuern, fette Banken und brutaler Lohndruck. In diese Richtung gibt es in der britischen Regierung schon erste Versuchsballone, die beim neuen Arbeitsgesetz den bisherigen Arbeitnehmerschutz kappen sollen.

SINKENDES SCHIFF. Und wie geht es seither dem vorliegenden Entwurf des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU? Kaum jemand glaubt hier noch, dass er in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig ist. Scharenweise verlassen bürgerliche Politiker und Unternehmer das sinkende Schiff. Entweder beginnt der Bundesrat nun substantielle Nachverhandlungen, oder er leitet den Abbruch der Übung ein. Im Hinblick auf einen späteren Neustart. Dass die EU am Verhandlungstisch durchaus zu Kompromissen bereit ist, die sie vorher kategorisch ausgeschlossen hat, zeigt die Einigung mit Grossbritannien.

UNIA online

Wie weiter im Gastgewerbe?

Die Coronakrise trifft das Gastgewerbe und seine Beschäftigten hart. Wie ist die Situation in deinem Betrieb? Nimm an unserer Umfrage teil, damit wir uns für deine Anliegen einsetzen können.

www.unia.ch/gastgewerbe-covid

Basler Massenprozess wegen Protests gegen Neonazi-Demo «Die Urteile sind skandalös und völlig inakzeptabel!»

«Mitgegangen, mitgefangen.» Nach diesem Motto verurteilt das Basler Strafgericht derzeit reihenweise Menschen, die im Herbst 2018 gegen die Neonazi-Partei PNOS protestiert hatten. Das schlägt in Basel hohe politische Wellen.

JONAS KOMPOSCH

Politisch brisant ist, was sich aktuell am Basler Strafgericht abspielt: dort läuft die längste Prozessreihe in der jüngeren Geschichte der Stadt. Sie begann am 7. Juli 2020, und seither sitzen fast wöchentlich junge Menschen auf der Anklagebank. Gegen insgesamt 60 Personen hatte die Staatsanwaltschaft ermittelt. Bereits rund 20 Personen sind mittlerweile zu mehrmonatigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt worden. Sogar eine unbedingte, achtmonatige Gefängnisstrafe erhielt eine 28-jährige. Dabei wurde weder ihr noch den meisten anderen eine aktive Straftat zur Last gelegt. «Skandalös und völlig inakzeptabel» seien die Urteile, sagt Heidi Mück (56), denn sie «verletzen das Recht auf Versammlungsfreiheit». Mück ist Kantonsparlamentarierin der Linkspartei BastA und Ex-Vizepräsidentin des Basler Gewerkschaftsbunds. Und sie nahm im November 2018 an je-



«Die Urteile verletzen das Recht auf Versammlungsfreiheit».
BASTA-POLITIKERIN
HEIDI MÜCK

nem Protest teil, um den es in diesem Massenprozess geht.

GEGENDEMO NICHT BEWILLIGT Damals mobilisierte die Schweizer Neonazi-Szene für eine Antimigrationskundgebung auf dem Basler Messeplatz. Die «Partei national orientierter Schweizer» (PNOS) hatte hierfür eine Bewilligung beantragt – und prompt erhalten. Abgelehnt wurde hingegen ein Gesuch der Jusos für einen Gegenprotest in Hör- und Sichtweite der Ras-



NEONAZIS SCHÜTZEN: Die Polizei schoss unzählige Gummischrotsalven in eine friedliche Demonstration, um bewaffneten Neonazis die Flucht zu ermöglichen. Das belegt ein geleaktes internes Polizeivideo. FOTO: JAN MÜLLER / WWW.AJOURMAG.CH

sisten. Bloss eine Platzkundgebung fernab des Geschehens erhielt den Behördenseggen. Was also tun, weweihsen etliche Baslerinnen und Basler.

Auch Heidi Mück fragte sich das. Aber nicht lange. Denn für sie war klar: «Ich lasse mich sicher nicht vertreiben. Die Nazis sollten sehen, dass sie nicht willkommen sind.» Faschismus sei schliesslich nicht einfach irgendeine Meinung, sondern ein Verbrechen. Klar war der Fall auch für die ehemalige work-Redaktorin Agnes Würsch (56). Sie sagt: «Gegen Faschisten demonstrieren ist Bürgerpflicht.» Und man müsse genau dahingehen, wo sie sich besammeln. Also gingen Mück und Würsch am 24. November 2018 auf den Messeplatz.

BEWAFFNETE NEONAZIS

Dort hatten sich die Rechten bereits aufgestellt. Fast alles Männer, zwar nicht einmal 50, dafür mit hölzernen Fahnenstöcken bewaffnet. Angst hatten deswegen weder Mück noch Würsch. Erstere erklärt: «Wir waren in der überwältigenden Überzahl!» Eine bunte Menge von 2000 Leuten sei gekommen. Und zwar, betont Mück, «keineswegs nur die üblichen Linken, sondern auch viele Junge, ganze Familien mit Kindern und sogar Rentnerinnen und Rentner». Die Stimmung sei sehr bestimmt und teils auch angespannt gewesen,

aber zu Gewalt sei es nicht gekommen. Noch nicht.

POLIZEIGESPRÄCH GELEAKT

Mit etwas Verspätung war nun nämlich auch die Polizei aufgefahren. Behelmt und mit Gummischrotgewehren reichten sich die Beamtinnen und Beamten zwischen den gegnerischen Protestlagern auf. Und verharrten so eine ganze Weile. Dann plötzlich krachte es. Die Polizei hatte das Feuer auf die Nazi-Gegner eröffnet und schoss jetzt unzäh-



«Die Polizei verhielt sich völlig jenseitig.»
GEWERKSCHAFTERIN
AGNES WÜRSCH

lige Gummischrotsalven direkt in die Menschenmenge hinein. Würsch kann es noch heute kaum fassen: «Völlig jenseits war das!» Und Mück sagt: «Wir standen einfach nur da, und dann schossen sie.» Ohne Warnung, wie es das Gesetz verlangt. Nun brach Chaos aus, viele Demonstrierende suchten Schutz und rannten davon, drei wurden durch Schrotmunition am Gesicht verletzt, ein Mann verlor weitgehend das Augenlicht, ein anderer blieb bewusstlos liegen. Und einige warfen jetzt Steine in Rich-

tung Polizei. Dieser Hergang ist belegt durch ein geheimes Polizeivideo, das an die Öffentlichkeit gelangte (rebrand.ly/gummischrot). Die Aufnahme hat es in sich. Denn sie enthält ein Gespräch zweier observierender Polizisten. Einer kommentiert: «Die Steine wären nicht geflogen, wenn wir nicht Gummi gegeben hätten.» Darauf der andere ungläubig: «Haben sie (die Kollegen) zuerst Gummi gegeben?» – «Ja, als Ablenkung, damit die PNOS wegkommt.» – «Das kannst du doch nicht! Heikel, muss ich dir ganz ehrlich sagen!»

7 MONATE FÜR EIN TRANSPI

Trotz der polizeiinternen Kritik am eigenen Vorgehen ordnete die Staatsanwaltschaft noch Monate später Verhaftungen an. Und jetzt reicht dem Gericht die alleinige Präsenz an der Anti-PNOS-Demo für härteste Strafen, es urteilt nach dem Motto «mitgegangen, mitgefangen». Wie im Fall eines 25-jährigen, der erkannt worden war, wie er an der Versammlung ein Transparent gehalten hatte. Sieben Monate Freiheitsentzug auf Bewährung, lautet seine Strafe. Oder wie im Fall der 28-jährigen, die definitiv acht Monate hinter Gitter soll, weil sie noch an der Demo war, als andere Demonstranten irgendwo Steine warfen. Das macht Mück und Würsch nur wütend. Sie raten, alle Verurteilungen anzufechten.

Basler Massenprozess: Sogar Richter kritisiert Strafgericht

Der laufende Basler Massenprozess ist historisch beispiellos. Und er schlägt hohe Wellen. So kritisierte der ehemalige Basler Gerichtspräsident, Peter Albrecht, das Strafmass gegen eine 28-jährige als «sehr hoch» und politisch motiviert. Die Frau war vom amtierenden Gerichtspräsidenten René Ernst zu acht Monaten unbedingter Gefängnisstrafe verurteilt worden, nachdem sie ihm politisch die Leviten gelesen hatte. Dabei war die Aktivistin weder vorbestraft noch aktiv in Straftaten involviert. Wenig später griff Ernst erneut zu fragwürdigen Mitteln: Er rechtfertigte

sein Urteil in der «Basler Zeitung». Das wiederum rief die Anwaltschaft der Angeklagten auf den Plan: Gemeinsam erklärte sie, Gerichtspräsident Ernst habe mit seinen «pauschalen Ausführungen» die Angeklagten vorverurteilt. Faire Verfahren seien nicht mehr möglich. Die Prozesse müssten an ein ausserkantonales, «unvoreingenommenes Gericht» verlegt werden.

SOLIDARISCH. Unterstützung erhalten die Angeklagten auch von neu entstandenen Initiativen. Etwa vom «Grauen Block», einer Vereinigung von 60 Basler Linken

fortgeschrittenen Alters. Ihr Motto: «Alt, furchtlos, resistent». Ihr Ziel: die Willkür der Basler Justiz entlarven. Gründungsmitglied Agnes Würsch (56) erklärt: «Vor Gericht stehen ausschliesslich junge Leute, sie will man abschrecken.» Für die alten Kämpinnen und Kämpen interessiert sie die Polizei dagegen nicht. Würsch: «Deshalb solidarisieren wir uns mit den Jungen.» Genau ein Jahr nach der Anti-PNOS-Demo schritt der «Graue Block» zur ersten Tat.



«ALTE» KÄMPEN:
«furchtlos und resistent».

FOTO: ZVG

Würsch: «Wir haben öffentlich und auf der Polizeiwache deklariert, dass auch wir an der Demo waren.» Bis heute habe dies keine strafrechtlichen Folgen gehabt. Umso mehr unterstützen die Altlinken jetzt die Junglinken. Ihre Spendenkampagne «500k.ch» will eine halbe Million Franken für die Prozesskosten sammeln. (jok)



VIELEN FEHLT'S AM NÖTIGSTEN: Verteilaktion der «Caravane de Solidarité» in Genf. FOTO: KEYSTONE

Die Corona-Pandemie macht Arme ärmer, Reiche reicher

Krisengewinnler zur Kasse!

Arbeitende verlieren Job, Lohn oder sogar das Leben. Aktionäre und Banken aber feiern Corona-Party. Argentinien bittet sie jetzt zur Kasse.

OLIVER FAHRNI

Solche Sätze kann WEF-Gründer Klaus Schwab besonders gut: «Wenn wir nichts gegen die sozialen Ungerechtigkeiten und die Umweltzerstörung unternehmen, kommen die Veränderungen durch Gewalt, durch Revolutionen etwa», sagte er der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit». Der Kapitalismus müsse «neu definiert» werden, forderte Schwab und kündigte den «grossen Umbruch» an.

Was da wie ein Beginn von Einsicht klingt, gehört beim Davoser Schaulaufen der Mächtigen und Milliardäre zum Ritual (diesmal nur virtuell, das WEF fand Ende Januar online statt). Nun sorgt Covid-19 dafür, dass die Krise konkreter wird.

Denn die Armut und die sozialen Ungerechtigkeiten explodieren. 3,3 Milliarden Frauen und Männer müssen nun mit weniger als 5 Franken pro Tag überleben, wie die Hilfsorganisation Oxfam in ihrem jährlichen Bericht zum WEF eindrücklich beschreibt (rebrand.ly/oxfam2020). Frauen, Kinder und Minderheiten leiden besonders. 295 Ökonomen und Ökonomen, die von Oxfam befragt wurden, aber auch die Weltbank oder die OECD bestätigen diesen Trend: Die Covid-Krise macht arm.

In Frankreich fällt gerade ein Viertel der Bevölkerung unter die Armutsgrenze, in Italien und Grossbritannien ein Drittel. Caritas Schweiz musste ihre bisher grösste Hilfsaktion «für über 100 000 Menschen in der Schweiz» starten, auch in Zürich und Genf bilden sich vor den Suppenküchen lange Schlangen.

Besonders dramatisch: An allen Ecken der Welt fallen viele Millionen junge Menschen aus Schule und Ausbildung. Sie verlieren jede Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft.

Mehr als 2 Millionen Covid-Tote sind schon schlimm genug. Verschärft durch die neue Weltwirtschaftskrise, die lange

vor Covid begann, wird die Lage brutal. Und das «katastrophale Versagen der westlichen Regierungen beim Corona-Management» (Richard Horton, Chef der führenden Medizin-Zeitschrift «Lancet») legt heute die Wahrheit offen: Genau besehen ist die Covid-Pandemie die Kombination einer Epidemie mit einer schweren sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Krise.

DAS VIRUS DER UNGLEICHHEIT

Nicht für alle. Krisengewinnler machen Corona-Party. Dank der Krise sind die reichsten 10 Personen der Welt um 500 Milliarden Franken reicher geworden – eine Steigerung um 40 Prozent. Im neuesten Vermögensreport zählt die UBS weltweit 2189 Milliardäre. Mit dem «Virus der Ungleichheit» (Oxfam) haben die ihre Vermögen auf rund 12 Billionen Dollar geschraubt. Amazon-Gründer Jeff Bezos vervielfachte in wenigen Monaten seinen Besitz auf 185 Milliarden Dollar. Allein mit seinem Geld könnte man die Impfstoffe für die gesamte Weltbevölkerung finanzieren. Am stärksten sind die Vermögen in der Schweiz gestiegen, 2730 Schweizerinnen und Schweizer, sagt die Credit Suisse, besitzen jetzt mehr als 50 Millionen. Kein Wunder, gab der Versicherungskonzern Allianz seinem Vermögensbericht 2020 den Titel «Das Jahr der Reichen».

GERECHTERE STEUERN

Wichtigste Quelle für die märchenhafte Vermehrung sind die Rettungspakete. Die haben zwar teilweise auch Löhne, Sozialwerke und KMU abgesichert. Vor allem aber haben Staaten und Zentralbanken die Wirtschaft mit 25 Billionen Dollar öffentlichen Geldes geschwemmt. Also schossen die Börsen, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1928, raketenhaft in ungekannte

Die 12 000 Reichsten in Argentinien sollen die Corona-Massnahmen mitfinanzieren.

Höhen. Resultat: hier Jahrtausendgewinne, dort grassierende Armut.

Da kündigt sich ein Konflikt an: Wer bezahlt für diese Rettungsprogramme? Eine vernünftige Antwort wäre: die Krisengewinnlerinnen und -gewinnler. Denn die neuen Staatsschulden über Sparpro-

Neue Steuern: Die Konzepte wären da

MINDESTSTEUER. Die OECD plant eine einheitliche Mindestgewinnsteuer für Multis. Bisher blockierten dies die USA.

TRANSAKTIONSSTEUER. Eine Steuer auf Finanztransaktionen und Wertpapiergeschäften, wie sie nicht nur die globalisierungskritische Organisation Attac fordert, würde viele Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen. Die EU hatte sie im Prinzip beschlossen, dann fallengelassen. Nun wollen Deutschland und Frankreich unter demselben Titel eine Steuer einführen – doch extrem verwässert und zahnlos.

ABGABE AUF ZAHLUNGSVERKEHR. Einem ähnlichen Grundgedanken folgend, will eine Gruppe um den Zürcher Finanzprofessor Marc Chesney eine Mikrosteuer auf dem Zahlungsverkehr: Nur 1 Promille Belastung könnte jährlich 200 Milliarden Franken bringen. Und bald stimmen wir über die 99%-Initiative der Juso ab. Sie will Kapitalerträge 1,5 Mal höher besteuern als Löhne. Das mindeste. (olf)

gramme und Sozialabbau wettzumachen, wie es SVP und FDP gerade bei der AHV planen (siehe Seite 2), wäre volkswirtschaftlicher Selbstmord.

Argentinien wagte jetzt den klügeren Weg: Die 12 000 Reichsten sollen mit einer Solidaritätsabgabe von 3,5 Prozent die Corona-Massnahmen finanzieren. In der Schweiz hingegen hatte ein noch harmloserer Vorschlag von ETH-Konjunkturforscher Jan-Egbert Sturm für eine Corona-Abgabe keine Chance. Economiesuisse, FDP und SVP stampften sie in den Boden.

Der Druck für gerechtere Steuern steigt. Die neoliberale Politik hat Gewinn- und Vermögenssteuern auf ihren historischen Tiefststand gesenkt. Jetzt kündigt sich die Wende an. Zahlreiche Ökonomen wie Thomas Piketty haben gezeigt, dass nur höhere und progressive Steuern für die Reichen und die Konzerne das Wirtschaftssystem retten können. Dafür entsteht weltweit gerade eine Form von Konsens. Sogar Milliardäre rufen nach höheren Steuern.



la suisse existe
Jean Ziegler

KLAUS LEISINGER, EIN VISIONÄR

Milton Friedman, der 2008 verstorbene Chefideologe des weltweit wütenden Raubtierkapitalismus, schrieb: «The business of business is business.» Also:

Nur in einem glücklichen Gemeinwesen kann ein Unternehmen erfolgreich sein.

«Der Zweck des Geschäftemachens ist es, Geschäfte zu machen.» Die Pflicht zur Respektierung von Menschenrechten und Umweltschutznormen empfand er dabei nur als ärgerliche Hindernisse.

KONZERNVERANTWORTUNG. Dem widerspricht vehement der Entwicklungssoziologe Klaus Leisinger. Sein kluges neues Buch heisst: «Integrität im geschäftlichen Handeln» (Friedrich-Reinhardt-Verlag, Basel, 2020). Es könnte aktueller nicht sein. Kernthese dieses Lehrbuchs für ethische Unternehmensführung: Jede Entscheidung des Konzernverantwortlichen muss die nachhaltige Entwicklung des Landes, in dem er tätig ist, befördern, denn nur in einem glücklichen Gemeinwesen kann ein Unternehmen erfolgreich sein.

Die Schlacht um die Konzernverantwortung ist in den Vereinten Nationen im Gang. Der Uno-Menschenrechtsrat beauftragte 2015 eine interstaatliche Arbeitsgruppe, eine Völkerrechtskonvention auszuarbeiten, welche die multinationalen Konzerne verpflichten soll, internationale Normen zum Schutz der Umwelt und der Menschenrechte einzuhalten. Gerichtsstand für Schadenersatzforderungen der Opfer soll der Heimatort der betroffenen Konzerne sein. Bei der Ausarbeitung der Konvention waren das wissenschaftliche Werk und die praktische Expertise von Klaus Leisinger von grossem Nutzen. Im September wird der Uno-Menschenrechtsrat über die Konvention abstimmen. Die westlichen Industriestaaten äusserten sich bereits massiv gegen die Konvention. Dafür folgt die internationale Zivilgesellschaft mehrheitlich den Ideen von Leisinger, wie auch die Schweizer Volksabstimmung vom November 2020 gezeigt hat, die nur am Ständemehr scheiterte.

Klaus Leisinger ist emeritierter Professor für Entwicklungssoziologie des Universität Basel. Er ist Mitglied des Leadership-Council der Uno und gefragter Experte verschiedener internationaler Organisationen. Als Gastprofessor wirkte er an zahlreichen Universitäten in den USA, in China, Singapur und in Afrika südlich der Sahara.

PRAKTISCHE ERFAHRUNG. In jüngeren Jahren war Leisinger Direktor des Pharmakonzerns Ciba-Geigy für Ost- und Zentralafrika. Zusammen mit dem Uno-Kinderhilfswerk Unicef und der Weltgesundheitsorganisation förderte er massiv den Verkauf von Generika für die armen Bevölkerungsschichten, für die der Erwerb von patentgeschützten Medikamenten unerschwinglich ist. Er verdreifachte den Umsatz in fünf Jahren. Nach der Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz zu Novartis gründete Leisinger zusammen mit Konzernchef Daniel Vasella die Novartis-Stiftung für nachhaltige Entwicklung. Als Verantwortlicher der Stiftung über mehr als zwei Jahrzehnte erreichte er, dass Novartis sein Lepra-Medikament gratis an 6 Millionen Leprakranke abgab und sein Malaria-Medikament zum Selbstkostenpreis an Unicef und die Weltgesundheitsorganisation lieferte. Praktische Erfahrung, analytische Brillanz, stete Dialogbereitschaft und der feste Glaube an das Gute im Menschen machen Klaus Leisinger zum aussergewöhnlichen Menschen, von dessen Visionen sein grossartiges Buch zeugt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch: «Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.»

Der diesjährige Prix Engagement der Unia geht an:

Die mutigen Frauen von Weight Watchers

110 Entlassungen ohne jeglichen Sozialplan: Das wollten sich die Beraterinnen von Weight Watchers nicht bieten lassen. Und wehrten sich.

CHRISTIAN EGG

Die Schocknachricht kam in einem Zoom-Meeting der Firma: Der Abnehmerkonzern Weight Watchers entlasse 110 von seinen 172 Mitarbeitenden in der Schweiz. Die Verwaltung wurde geschont, der Abbau traf ausschliesslich Frauen: sogenannte Coaches, die Abnehmwillige in Gruppentreffen begleiten und motivieren. Verteilt in der ganzen Schweiz, alle in Teilzeitpensen. Einen Sozialplan gebe es nicht, so die Firma.

SO NICHT!

Für Coach und Unia-Mitglied Virginie Dhuême, 44, war sofort klar: «Das geht nicht.» Nur gerade zwei Monate vorher hatte sie bei der Unia den Kurs für Mitglieder von Personalkommissionen

«Es tut einfach gut!»

VIRGINIE DHUÊME

Jetzt wusste sie, was zu tun war: Sie rief ihre Arbeitskollegin Stéphanie Bianchi an, die Präsidentin der Peko. Gemeinsam beschlossen sie, die Unia einzuschalten. Und dann ging's los, berichtet die 46jährige Bianchi: «Schon am nächsten Tag hatten wir ein Treffen mit der Unia und hielten eine Personalversammlung ab.» Ebenfalls per Zoom – der Abbau fand mitten in der ersten Coronawelle statt.



AUSGEZEICHNET: Virginie Dhuême hat den Unia-Kurs für Peko-Mitglieder besucht. FOTO: ZVG

AUSGEZEICHNET: Stéphanie Bianchi war Peko-Präsidentin bei Weight Watchers. FOTO: ZVG

Viel Arbeit kam auf Bianchi und Dhuême zu: Sie organisierten Wahlen für die Peko, die von der Firma vernachlässigt worden war. Sie suchten und fanden Coaches, die übersetzten. Sie arbeiteten zusammen mit ihren Kolleginnen rund vierzig Vorschläge aus, wie die Stellen gerettet werden können. Und sie führten Zoom-Meetings durch. Nicht zwei oder drei, wie Bianchi sagt: «Während zweier Monate hatten wir fast jeden Tag eine Videokonferenz.» Entweder mit der unterdessen zwölfköpfigen Personalkommission. Oder für die ganze Belegschaft, «mindestens einmal pro Woche». Rund hundert Kolleginnen

machten jeweils mit, die Treffen dauerten oft mehrere Stunden.

NEUE FREUNDSCHAFTEN

Das sei eine «extrem bereichernde Erfahrung» gewesen, sagt Virginie Dhuême: «Wir konnten viele Kolleginnen in der Bewegung einbinden, viele sind auch der Unia beigetreten.» Und Bianchi ergänzt: «Vorher waren wir Kolleginnen. Jetzt verbinden viele von uns echte Freundschaften.»

Yves Defferrard, damaliger Leiter der Unia Waadt, sagt: «Mit der Firma sind wir bei null gestartet.» Kein Sozialplan, keine Entschädigung. Auch nicht

für Mitarbeiterinnen, die 30 Jahre für das Unternehmen tätig waren. Am Schluss gab's diverse Abfederungen. Einschliesslich Entschädigungen. Und die Zahl der abgebauten Stellen konnten die Frauen von 110 auf 96 reduzieren. «Immer noch viel», sagt Defferrard, «aber immerhin.»

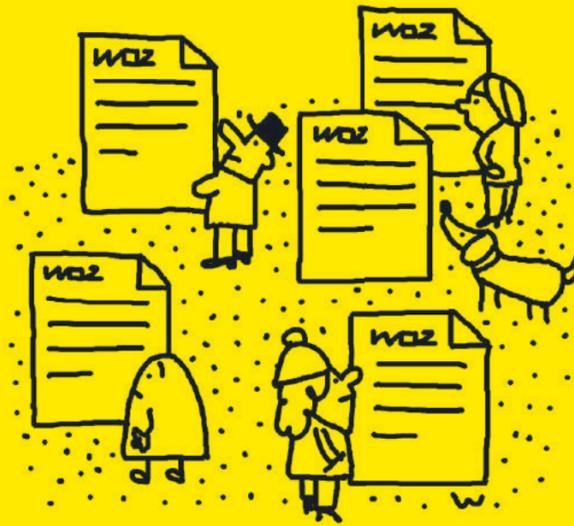
Obwohl auch Bianchi und Dhuême ihre Stelle verloren haben, ist für beide klar: «Es hat sich gelohnt.» Nicht nur finanziell. Auch emotional, sagt Unia-Mitglied Dhuême: «Dass wir zwei zusammen mit allen anderen der Firma diese Zugeständnisse abgerungen haben – das tut einfach gut!»

ENGAGEMENT LOHNT SICH AUSGEZEICHNET!

Schon zum vierten Mal hat die Unia den Prix Engagement vergeben. Er zeichnet besonders aktive Mitglieder im Dienstleistungssektor für ihren beharrlichen Einsatz aus. Dieses Jahr trafen so viele Nominierungen ein wie noch nie. Zusammen mit den **Weight-Watchers-Frauen** (siehe Haupttext) haben ein weiteres Kollektiv sowie zwei Frauen den Preis erhalten: Die Chauffeure von **XPO Logistics** in Genf organisierten im Sommer einen aufsehenerregenden Streik. Damit erkämpften sie einen Sozialplan und retteten drei Jobs (work berichtete).

UNERSCHROCKEN. Die Coop-Verkäuferin **Clotilde Pinto** kämpft seit Jahren unerschrocken für die Rechte des Verkaufspersonals. Am 1. Mai 2020 gab sie der «Tagesschau» des Westschweizer Fernsehens ein Interview und forderte eine Corona-Prämie für Verkäuferinnen und Verkäufer. Zwei Wochen später waren die Prämien bei Coop und Migros Tatsache. In einem offenen Brief in der Tageszeitung «Le Temps» schilderte **Amandine Barut Jutzeler** die Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen während der Coronapandemie. Auch als Mitglied der Personalkommission kämpft sie für bessere Bedingungen in der Langzeitpflege. (che)

INSERAT



Alle Texte für alle

Konsequent solidarisch: Auch im zweiten Lockdown sind alle unsere Inhalte auf woz.ch und in der WOZ-App kostenlos zu lesen.

Diese Aktion ist nur möglich, weil unsere Leserinnen und Leser uns seit Jahren zuverlässig unterstützen. Vielen herzlichen Dank dafür!

Werden auch Sie WOZ-AbonentIn: woz.ch/abo

WOZ

Chicago USA: FinanzspekulantInnen wetten jetzt auf ein Gemeingut

Neu an der Börse: Wasser

Die Geschäftemacher schielen immer mehr aufs Wasser. Denn es ist weltweit knapp und verspricht hohe Profite. Doch Wasser darf nicht zur Ware werden.

RALPH HUG

Diese Nachricht liess aufhorchen: Seit Mitte Dezember können erstmals Wassernutzungsrechte gehandelt werden. Und zwar in Chicago, wo sonst Weizen, Soyabohnen, Schweinebäuche und Rohöl verhandelt werden. Ermöglicht hat dies die CME Group, die grösste Terminbörse der Welt. Hier werden am Computer Verträge mit Waren zu künftigen Preisen gehandelt (sog. Futures und Options). Damit kann man sich gegen erwartete Preisexplosionen absichern. Es ermöglicht aber auch Finanzjongleuren, Anlegerinnen und Anlegern, mit Wetten auf solche Preise Kasse zu machen. Im sonnigen Westen der USA ist Wasser wegen der industrialisierten Landwirtschaft und dem Verbrauch für Luxusvillen stets knapp. Die Wasserpreise schiessen regelmässig um das Mehrfache in die Höhe.

Wasser als Ware und als Finanzprodukt: Das löst Widerstand aus. Denn Wasser gehört allen, es ist ein Gemeingut. Und auch ein Menschen-

Ist Wasser erst einmal ein Finanzprodukt, sind der Spekulation Tür und Tor geöffnet.

recht. Vor zehn Jahren hat die Uno eine entsprechende Deklaration erlassen (siehe Artikel unten). Mit Menschenrechten dürfe man nicht spekulieren, warnt die Weltorganisation. Auch viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) wehren sich gegen die Kommerzialisierung von lebenswichtigen Gütern wie Wasser. Unter ihnen Helvetas. Das Hilfswerk engagiert sich auf der ganzen Welt für den freien Zugang zu sauberem Wasser. Bernita Doornbos, Leiterin Wasser und Infrastruktur, betont, das Wassermanagement sei eine öffentliche Aufgabe sei. «Es ist grundsätzlich heikel, wenn mit Wasser Geschäfte gemacht werden, da dies die Schwächeren vom Zugang zu einer lebenswichtigen Ressource ausschliessen könnte.»

DER NEOLIBERALE IRRWEG

Doch die Börsianerinnen und Börsianer der Wall Street oder sonstwo in der Welt kümmert das wenig. Sind Wasser beziehungsweise Wassernutzungsrechte via Derivate erst einmal ein Finanzprodukt, sind der Spekula-



QUELLE DES LEBENS: Wasser ist zum Trinken da – und nicht zum Spekulieren. FOTO: KEYSTONE

tion Tür und Tor geöffnet. Was das heisst, hat die Welt bei Weizen und Kakao erlebt. Schwerreiche Fonds haben seit 2008 durch gezielte Aufkäufe jahrelang die Weltmarktpreise manipuliert, um Kasse zu machen. Das Nachsehen hatten die Bäuerinnen im globalen Süden, die von den Märkten abhängig sind, sowie die Konsumentinnen und Konsumenten. Sie bezahlten die Spekulationsgewinne durch gestiegene Preise. Die Juso-Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation wollte diese Machenschaften im Ban-

kenland Schweiz abstellen. Sie wurde jedoch im Februar 2016 abgelehnt. Das Problem aber ist geblieben. Wasser ist schon seit den frühen 1980er Jahren im Visier von Geschäftemachern. Damals gab die britische Premierministerin Margaret Thatcher den Startschuss zu radikalen Privatisierungen. Auch von Wasserversorgungen. Mit der häufigen Folge, dass der Service schlechter wurde, die Leitungen verkamen und die Preise stiegen. Das passiert, wenn statt Service public der private Gewinn im

Zentrum steht. Vielerorts wurde der neoliberale Irrweg erkannt. Und die Wasserversorgung wieder verstaatlicht. In der EU hat 2015 die erste europäische Bürgerinitiative mit 1,9 Millionen Unterschriften verlangt, dass Wasser besser geschützt werden müsse. Der Experte Klaus Lanz vom Forschungsinstitut International Water Affairs in Evillard BE zieht in der Zeitschrift «Die Volkswirtschaft» des Bundes eine glasklare Bilanz: «Die Privatisierung der Wasserversorgung hat sich nicht bewährt.»

2010 zusammen mit 33 anderen Staaten eine Resolution durchgebracht. In dieser anerkennen die Vereinten Nationen das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht an. Dieses Recht ist zwar nicht bindend, und es kann auch nicht eingeklagt werden. Aber es hat doch politisch eine hohe symbolische Bedeutung. Diverse Industriestaaten wollten diese Deklaration nicht. Die Schweiz zählte in der Uno für einmal nicht zu den Bremsern. Sie arbeitete an der Ausarbeitung der Resolution aktiv mit. (rh)

Uno warnt: Finger weg vom Wasser!

Pedro Arrojo-Agudo lässt keine Zweifel aufkommen. Der Handel mit Wasserrechten an der US-Börse gefällt ihm nicht. «Ich bin sehr besorgt», sagt der Uno-Spezial-

«Wasser ist ein Menschenrecht.»

WIRTSCHAFTSPROFESSOR
PEDRO ARROJO-AGUDO

beauftragte für das Menschenrecht auf Wasser. «Man kann Wasser nicht mit einem Wert versehen wie andere Rohstoffe, zum Beispiel Gold oder Öl.» Denn Wasser sei ein Gemeingut. Wir

brauchten es für unser Leben und besonders auch für das Gesundheitswesen im Kampf gegen die Corona-Pandemie.

Uno-Mann Arrojo-Agudo fürchtet, dass SpekulantInnen wie Hedge-Funds oder Banken auf Wasserpreise wetten und dadurch Spekulationsblasen erzeugen. Solche entstanden ab dem Jahr 2008, als an der Börse Termingeschäfte für Agrarrohstoffe möglich wurden. Die Aussicht, dass Wasser dereinst an den einschlägigen Wertpapiermärkten von Wall Street gehandelt werden könnte, sei eine Bedrohung für die

Menschenrechte. Arrojo-Agudos Wort hat Gewicht, war er doch vor seiner Ernennung in der Uno Wirtschaftsprofessor in Saragossa. Er weiss, wie Märkte funktionieren.

NEGATIVBEISPIEL CHILE. Die Uno übt schon seit Jahren Kritik am Zugriff der Finanzindustrie auf die Ressource Wasser. Dies gründet auf den schlechten Erfahrungen, die Länder des Südens mit der Privatisierung von Wasserversorgungen gemacht haben. Insbesondere Chile, wo unter dem faschistischen Diktator Augusto Pinochet



MOÇAMBIQUE: Ein Wasserprojekt der Helvetas. FOTO: HELVETAS

die gesamte Wasserversorgung in die Hände von Konzernen kam. Bolivien hatte

BVG-Kompromiss

Finanzlobby läuft Sturm

Der BVG-Kompromiss der Sozialpartner bringt den Lohnabhängigen einiges, besonders den Frauen. Jetzt kommt er in den Nationalrat.

CLEMENS STUDER

Im Sommer 2019 einigten sich die Sozialpartner auf einen Kompromiss zur Stabilisierung der beruflichen Vorsorge (BVG). Den Auftrag dazu hatten sie vom Bundesrat erhalten. Denn die Pensionskassen sind seit Jahren am Taumeln. Für immer höhere Beiträge gibt es immer weniger Rente. Das hat mehrere Ursachen. Die zentralste: Mit dem Geld der Versicherten wird im internationalen

Der Kompromiss hilft, das heutige Rentenniveau zu halten.

Finanzcasino spekuliert. Im Gegensatz zu der im soliden Umlageverfahren finanzierten AHV. Deshalb landet von der 2. Säule enorm viel Geld der Versicherten in den Taschen von «Vermittlern», Banken und Versicherungen. Manager und Aktionärinnen kassieren auf Kosten der Versicherten. Es geht um Milliarden. Doch statt die Missstände zu beheben, wollen die Pensionskassen die Leistungen noch weiter kürzen und die Lohnabzüge noch weiter erhöhen. Die Krise also auf die Versicherten wälzen. Mit entsprechenden Vorschlägen hatte die Finanzindustrie während der letzten Jahre im politisch rechts dominierten Parlament eine Chance, vor dem Volk aber nie.

DER KOMPROMISS. Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber sie verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Der Rentenzuschlag wird mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850'000 Franken finanziert. Hohe Löhne bezahlen also deutlich mehr für den Rentenzuschlag.

Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen BVG-Rentnerinnen und -Rentner ausbezahlt. Das stärkt die Renten für Menschen mit tiefen Einkommen und für Teilzeitarbeitende, insbesondere auch die Frauenrenten. Das stärkt den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule und verbessert das Preis-Leistungs-Verhältnis des BVG, das wesentlich schlechter ist als bei der AHV.

Weiter schlagen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordinationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grösserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Das ist ebenfalls für Teilzeitarbeitende und für Menschen mit kleinen Einkommen wichtig. Langfristig steigen ihre Renten.

PARLAMENT. Jetzt kommt der Sozialpartnerkompromiss in den Nationalrat. Zuerst in die Kommission und in der Frühlingssession ins Plenum. Und wieder läuft die Finanzindustrie Sturm – und in ihrem Auftrag die rechten Parteien. Um den Schauerärmchen und Scheinvorschlägen der Pensionskassen-Lobby Fakten entgegenzusetzen, haben die Sozialpartner eine informative Broschüre zu ihrem Kompromiss publiziert. Mit allen Fakten und vielen konkreten Rechenbeispielen. Sie kann hier gratis heruntergeladen werden: www.rebrand.ly/kompromiss



WEGBEREITERINNEN I: Abstimmungspionierin Katharina Zenhäusern (1919 bis 2014), Animal politique Emilie Lieberherr (1924–2011) und Iris von Roten, Autorin von «Frauen im Laufgitter» (1917–1990). FOTOS: MICHAEL SCHOCH, PD, KEY



WEGBEREITERINNEN II: Chefbeamtin Dora Schmidt (1895–1985), Martina Hälg-Stamm, erste Thurgauer Grossrätin (1914–2011), und Josi Meier, Nationalrätin der ersten Stunde (1926–2006). FOTOS: SOZIALARCHIV, PETER LAUTH, KEY

50 Jahre Frauenstimmrecht: Von Rosa Bloch bis Christiane Brunner Die Pionierinnen

Sie kämpften für die politische Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Auch nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1971.

Erreicht ist nie wirklich erreicht, auch nicht bei den Frauenrechten. Denn die Geschichte entwickelte sich nicht linear: auf zwei Schritte vorwärts folgt häufig einer zurück. Das war wenig so schmerzlich bewusst wie den Kämpferinnen für das Frauenstimm- und -wahlrecht. Und dennoch machten diese Pionierinnen weiter, einfach immer weiter. Und legten so den Grundstein für alle später geborenen Frauen. work hat neun von ihnen in einer Portraitserie ausführlich gewürdigt. Von der kompromisslosen Revolutionärin

Jede kämpfte anders, aber jede mit Mut und Glut.

Rosa Bloch bis zur Frauenstreik-Ikone Christiane Brunner. Und was für Lebensgeschichten!

ROTE ROSA, ROTE TÜCHER

Jede kämpfte anders, doch ein roter Faden zieht sich durch: Mut und Glut. Die «rote Rosa» Bloch-Bollag (1880–1922) agitierte auf der Strasse. Sie war die erste Frau, die im Zürcher Rathaus eine kämpferische Rede gegen Ausbeutung hielt. Damals ein unerhörtes

Die work-Pionierinnen-Serie ist nachzulesen auf: www.rebrand.ly/frauenstimmen.



WEGBEREITERINNEN III: Revolutionärin Rosa Bloch (1880–1922), Agitatorin Margarethe Faas-Hardegger (1882–1963) und Frauenstreik-Ikone Christiane Brunner (*1947). FOTOS: SOZIALARCHIV (2), KEY

50 Jahre Frauenstimmrecht: Geschichtspräsidentin Caroline Arni räumt auf mit der Schönfärberei

«Es war der reine Unwille der Männer»

Es hätte gar keine Volksabstimmung gebraucht, um das Frauenstimm- und -wahlrecht in der Schweiz einzuführen. Das Bundesgericht hätte es auf die Verfassung gestützt tun können. Oder das Parlament. Doch das wollten die Schweizer Männer nicht. So kam es zur Chronifizierung eines Unrechts, sagt Historikerin Arni.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Caroline Arni, das allgemeine Männerstimm- und -wahlrecht führte die Schweiz mit der Gründung des Bundesstaates 1848 ein. Dann regierten die Männer 123 Jahre allein. Warum schlossen sie die Frauen so lange aus der Politik aus? **Caroline Arni:** Die Männer wollten ihre politischen Rechte nicht mit den Frauen teilen. So simpel ist das. Gelegentlich, das Frauenstimmrecht früher einzuführen, hätte es gegeben. Doch mal hiess es, die Frauen seien zu

Den Frauen hat es an allen Ecken und Enden an Rechten gefehlt, nicht nur am Stimm- und Wahlrecht.

emotional für die Politik, mal diese sei zu schmutzig für sie, den Frauen mangle es an staatsbürgerlicher Reife, sie müssten sich ihre politischen Rechte erst verdienen – oder es fehle ihnen der Degen für die Landsgemeinde. In den Kantonen sagte man, der Bund solle vorangehen, dort hiess es, die Kantone seien zuerst dran. Es liess sich immer etwas finden. Aber gerade die Menge an Gründen, das Hin und Her zeigen: es war der reine Unwille der Männer, wie es die Historikerin Beatrix Mesmer einmal formuliert hat.

Ein Anti-Frauenstimmrechts-Plakat von 1920 zeigt eine hässliche, ausgemergelte Frau am Referieren, ein richtiges «Mannsweib». Titel des Plakats: «Wollt ihr solche Frauen?» Wovor hatten die Gegnerinnen und Gegner des Frauenstimmrechts denn so Angst? Politik galt als Männersache. Und wenn nun auch die Frauen politisierten, dann würden sie vermannlichen. Das Plakat arbeitet ihre Ängste. Womöglich könnten umgekehrt dann die Männer verweiblichen und das tun müssen, was als Frauensache galt: Hausarbeit. Wir kennen Darstellungen aus der Zeit um 1900, die genau diese Angst inszenieren. Auf denen haben die Frauen die Hosen an, und die Männer stehen am Waschtrog.

So richtige Waschlappen, halt? (lacht) Genau! Ein anderes Anti-Frauenstimmrechts-Plakat von 1927 ist noch dramatischer. Unter dem Titel «Mutter macht Politik» sehen wir ein Kind schreiend am Boden, offenbar ist es aus dem Stubenwagen gefallen, doch niemand merkt's – weil die Mutter politisiert und Familie und Haushalt vernachlässigt. Mit solchen Argumenten kämpften übrigens nicht nur die Gegner gegen das Frauenstimmrecht. Sondern auch die Gegnerinnen.

Haben solche Plakate die Stimmrechtskämpferinnen nicht erzürnt? Wie reagierten sie? Immerhin verlangte das Landesstreikkomitee das Stimm- und Wahlrecht für Frauen bereits 1918. Solche Plakate waren schon eine Zumutung, sie drängten die Stimmrechtlerinnen in die Ecke. Sie mussten beteuern, dass sie auch mit Stimmrecht Frauen im verlangten Sinne bleiben und die ihnen zugeteilte Arbeit verrichten würden.

Wie die Stimmrechtsfrauen reagiert haben? Auf jede nur erdenkliche Art. In all den Jahren probierten sie jedes Argument aus. Sie beschwichtigten, sie argumentierten mit Gerechtigkeit, sie sagten, es sei wichtig, dass die Frauen eine spezifische Sichtweise in die Politik einbringen könnten usw.

Sie organisierten sich und griffen zu den unterschiedlichsten Kampfmitteln. 1929 reichte der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht eine Petition ein. Sie wurde unterstützt von anderen Frauenorganisationen,

auch von der SP und den Gewerkschaften. Mit den weit über 200 000 Unterschriften wollten die Frauen auch zeigen: Schaut her, wir sind viele! Denn ein Argument der Gegner war immer wieder, man wisse ja gar nicht, ob die Frauen das Stimmrecht überhaupt wollten.

Das ist natürlich kein Argument, schliesslich hat man das Männerwahlrecht auch ohne Befragung der Männer eingeführt. Und umgekehrt hat man die Frauen nie gefragt, ob sie Staatsbürgerinnen zweiter Klasse sein wollten.

Wer hat das Frauenstimmrecht in der Schweiz eigentlich zuerst gefordert?

1833 erschien in der Zeitschrift «Das Recht der Weiber» ein Artikel des Journalisten Johann Jakob Leuthy. Er forderte darin die bürgerlichen und politischen Rechte für die Frauen. Die Zeitschrift erschien nur ein einziges Mal. Dann taucht die Forderung vereinzelt auf. Auch in den 1860er Jahren, im Umfeld der demokratischen Bewegung. Diese kämpfte unter anderem für direktdemokratische Instrumente, also für Initiative und Referendum. Und hier traten auch Frauen auf und verlangten politische Rechte. Vor allem aber eine Besserstellung in zivilrechtlichen und erbrechtlichen Fragen.

Was heisst das?

Die verheirateten Frauen waren damals der sogenannten ehemännlichen Gewalt unterstellt. Sie konnten nicht frei handeln. Und die unverheirateten Frauen stellte man in vielen Kantonen unter Geschlechtsvormundschaft. Ohne ihren Vormund konnten sie weder ihr Vermögen selber verwalten noch Verträge schliessen oder einen Hof eigenständig führen. Für verwitwete Bäuerinnen etwa war das ein grosses Problem. Im Emmental setzten sie sich bereits in den 1840er Jahren dagegen zur Wehr. Mit Erfolg! Sie formulierten eine Petition, und ihre Forderungen wurden 1847 im bernischen «Emanzipationsgesetz» umgesetzt. National fiel die Geschlechtsvormundschaft dann 1881.

Verstehe ich das richtig, das Erlangen ökonomischer Rechte war für die Frauen im 19. Jahrhundert fast wichtiger als das Erlangen der politischen Rechte?

Ja, im 19. Jahrhundert standen die ökonomischen oder auch sozialen Rechte für viele Frauen im Vordergrund – aus guten Gründen. Doch es gab auch Frauen, die die politische Gleichstellung forderten. Zum Beispiel die Genfer Uhrmacherstochter Marie Goegg-Pouchoulin. Sie gründete 1869 die «Association internationale des femmes» und 1872 zusammen mit Julie von May in Bern die «Association pour la défense des droits de la femme». Das waren die ersten feministischen Organisationen in der Schweiz.

Und dann kommt die Zürcherin Emilie Kempin-Spyri, eine zentrale Figur in der Geschichte des Frauenstimmrechts. Sie war die erste Schweizerin, die ein Jusstudium absolvierte, durfte aber als Anwältin im Kanton Zürich nicht praktizieren.

Wir erleben seit einigen Jahren eine feministische Konjunktur. Weil die Zulassung ans Stimmrecht geknüpft war. Also geht sie vor Bundesgericht. Und argumentiert, die politischen Rechte müssten den Frauen gar nicht gegeben werden. Weil sie sie nämlich schon hätten. In der Verfassung stehe, es gebe keine Vorrechte von Geburt, alle Schweizer Bürger seien gleich. Und in diesem generischen Maskulinum seien die Frauen mitgemeint wie in allen Rechtstexten. Deshalb sei es jetzt hier und verlange ihre bisher ungenutzten politischen Rechte!



1920: Schreckschraubenphantasien von Männern – für Männer. FOTO: OTTO BAUMBERGER, PRO LITTERIS, ZÜRICH

Ein cleveres Argument, oder?

Ja! Die Bundesrichter waren ziemlich verärgert und nannten Spyris Verfassungsinterpretation «ebenso neu als kühn». Trotzdem wiesen sie das Begehren ab: Es verstosse gegen die historische Interpretation. Spyris Gang vor Bundesgericht ist deshalb so zentral, weil er zeigt: Um das Frauenstimmrecht einzuführen, hätte es andere Wege gegeben als eine Volksabstimmung. Das Bundesgericht hätte es auf dem Weg der Verfassungsinterpretation bestätigen können. Das Parlament hätte per Gesetz aktiv werden können. Da drohte dann natürlich das Referendum und damit eine Volksabstimmung. Doch dass es zwingend eine Verfassungsänderung und damit eine Volksabstimmung brauche, war nicht festgelegt. Das macht die Historikerin Brigitte Studer in ihrem neuen Buch deutlich. Und ein Urmengang war klar die grösste Hürde.

In Grossbritannien erlangten die Frauen das Stimm- und Wahlrecht bereits 1918. In Deutschland und Österreich ebenfalls. Warum ging es in unseren Nachbarländern so viel schneller?

Dort erfolgte die Einführung des Frauenstimmrechts häufig dann, wenn es zu einem politischen Bruch kam. Wenn ein Staat sich neu verfasste, zum Beispiel. Wenn man sich von der unmittelbaren Vergangenheit absetzen und



1918: Nach den ersten Parlamentswahlen mit Frauenbeteiligung zogen elf Frauen in den Nationalrat ein, eine (Lise Girardin, vorn Mitte) in den Ständerat. FOTO: KEYSTONE



2019: Eine streikende Frau zeigt das Vulva-Zeichen, eine halbe Million Menschen beteiligten sich am Frauenstreik (unten). FOTOS: YOSHINO KUSANO, FRESHFOCUS



1886: Emilie Kempin-Spyri ging fürs Frauenstimmrecht bis vor Bundesgericht. FOTO: PUBLIC DOMAIN

WORK 50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT

- Mobilisieren für den 14. Juni 2021: Wie rund 500 vernetzte Frauen über eine Videokonferenz ihre Pläne für den nächsten Frauenstreik koordinieren. **Seite 12**
- Die Appenzell-Innerrhodler sperrten sich noch lange nach 1971 gegen das Frauenstimmrecht. Theresa Röhrner machte den Uneinsichtigen Beine – übers Bundesgericht. **Seite 13**

Forderungskatalog hatte, konnte kein solches Momentum entfalten. Er war rasch beendet und wurde als Revolutionsversuch abqualifiziert. Damit hatte die Stimmrechtsforderung der Frauen den Ruf einer bedrohlichen, sozialistischen Forderung.

Und damit war sie wieder für Jahre vom Tisch?

Ja. Wir können von der Chronifizierung eines Unrechts sprechen. Dieser Verlauf, wo Opportunitätsfenster nicht gross genug sind, sich gar

ein Zeichen des Fortschritts und der Modernität setzen wollte. Solche Brüche gab es in der Schweiz nicht. Seit 1848 ist die Schweizer Geschichte durch Kontinuität gekennzeichnet, mit Blick auf die politischen Institutionen und die Verfassung. Es fehlen Momente, wo so ein Reingrätschen möglich gewesen wäre. Auch der Landesstreik, der das Frauenwahlrecht im

nicht auftun oder rasch geschlossen werden. Das ist die Geschichte des Frauenstimm- und -wahlrechts in der Schweiz.

Was sagen Sie zur These, die Stimmrechtsbewegung sei eine bürgerliche Bewegung gewesen? Die Stimmrechtskämpferinnen kamen ja meist aus gutem Hause.

Wenn wir die Stimmrechtsvereine anschauen, trifft das sicher zu. Doch auch sie waren heterogen zusammengesetzt. Es gab Frauen aus dem Grossbürgertum, Frauen aus dem Kleinbürgertum, Frauen aus dem Gewerbe usw. Die Arbeiterinnenbewegung hatte das Frauenstimmrecht sehr wohl auch auf der Agenda, und sie pflegte neben vielen Differenzen auch Allianzen mit den bürgerlichen Frauen. Das hat Historikerin Elisabeth Joris gezeigt. Sie argumentiert auch zu Recht, dass die Kategorisierung in bürgerliche und proletarische Frauenbewegung zu holzschnittartig sei. Die Männer in der Arbeiterbewegung jedenfalls haben die Feministinnen in ihrer Mitte nicht gerade gefördert. Im Gegenteil!

Dazu gibt es eine wunderbare Fallstudie der Historikerin Béatrice Ziegler. Sie zeigt, wie

in Biel die Sozialdemokratische Partei die Arbeiterinnenbewegung in sich aufzog. Mitsamt ihren spezifischen Anliegen. Später sprachen linke Feministinnen ja dann auch von «roten Patriarchen», die es in der Arbeiterbewegung – neben den Verbündeten – eben auch gab. Sie brachten den Haupt- und Nebenwiderspruch in Stellung und deklarierten die Frauenbewegung als bürgerliche Bewegung, die es eigentlich nicht braucht.

Dennoch führten Arbeiterinnen doch aber auch Gleichstellungskämpfe, oder?

Ja! Zum Beispiel die 59 Zigarrenarbeiterinnen, die 1907 in Yverdon streikten. Der Fabrikherr hatte 7 Arbeiterinnen auf die Strasse gestellt, die es gewagt hatten, eine Gewerkschaftsaktion zu gründen. Dagegen protestierten ihre Kolleginnen und forderten mehr Lohn und eine Arbeitszeitverkürzung. Die Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter rang sich übrigens nur deshalb zu einer Unterstützung durch, weil die Frauen auf eine Entscheidung aus der Streikkasse verzichtet hatten.

Und wie reagierte der Fabrikbesitzer? Er wies die städtische Kinderkrippe an, die Kinder der Frauen nach Hause zu schicken. Und er bot den streikbrechenden Arbeitern genau die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung an, die die Frauen für sich gefordert hatten. In der «Arbeiterinnenzeitung» erscheint dann ein



Artikel mit dem Titel: «Vier Mal Sklavin ist heute die in Abhängigkeit arbeitende Mutter»: Sklavin des Fabrikanten, der die arbeitende Mutter aussperrt und ihr eine andere Anstellung verunmöglicht. Sklavin des Mannes, der über den Familienwohnsitz verfügt und sie vom Erwerb anderswo abhält. Sklavin des Kindes, das ihre stete Aufmerksamkeit verlangt und sie an die Wohnung kettet. Und schliesslich Sklavin des Staates, der Steuern einfordert und Soldaten. Und der diese Soldaten dann losschickt gegen die eigenen Mütter, wenn diese ihre

Die Arbeiterbewegung integrierte die Arbeiterinnenvereine und löste sie so auf, mitsamt ihren Anliegen.

Rechte fördern. Dieser Text hat eine ungeheure Wucht und zeigt: den Frauen hat es an allen Ecken und Enden an Rechten gefehlt, nicht nur am Stimm- und Wahlrecht.

Ohne Mann ist die Frau nichts, leistet aber die Reproduktionsarbeit?

Genau. Die Empfindung eines Missverhältnisses zwischen dem, was die Frauen real leisten, und der Nichtanerkennung, die sie erfahren, treibt feministische Kämpfe an. Bis heute.

Was wird in zehn Jahren sein?

Ich bin Historikerin, und darum sage ich: In zehn Jahren wird nicht so viel passieren. Allerdings ist in den letzten Jahren ziemlich viel passiert. Es ist den Frauen gelungen, das zentrale Thema «Care-Arbeit» wieder auf die politische Agenda zu bringen. In den 1970er Jahren viel diskutiert, verschwand es in der Zwischenzeit. Jetzt ist es wieder da. Auch dank dem Frauenstreik. Wir erleben seit einigen Jahren eine feministische Konjunktur, und gerade deshalb ist es wichtig zu wissen, dass die Bewegung nicht mit #MeToo begonnen hat. Ich habe kürzlich selbst gestaunt, als ich im Sozialarchiv eine Grafik von 1978 fand. Darauf macht eine Frau das Vulva-Zeichen. Auch das gab es also schon!



CAROLINE ARNI ist Professorin am Departement Geschichte der Universität Basel. Sie wurde 1970 in Solothurn geboren. An der Universität Bern studierte sie Schweizer Geschichte, Neuere Geschichte und Soziologie. Sie machte mehrere Forschungsaufenthalte im Ausland (Paris, Essen, Princeton). Caroline Arni befasst sich unter anderem mit der Geschichte des Feminismus. FOTO: ANNA SCHMIDT

Frauen mobilisieren für den nächsten 14. Juni – auch via Konferenz per Zoom

Die lila Welle rollt weiter

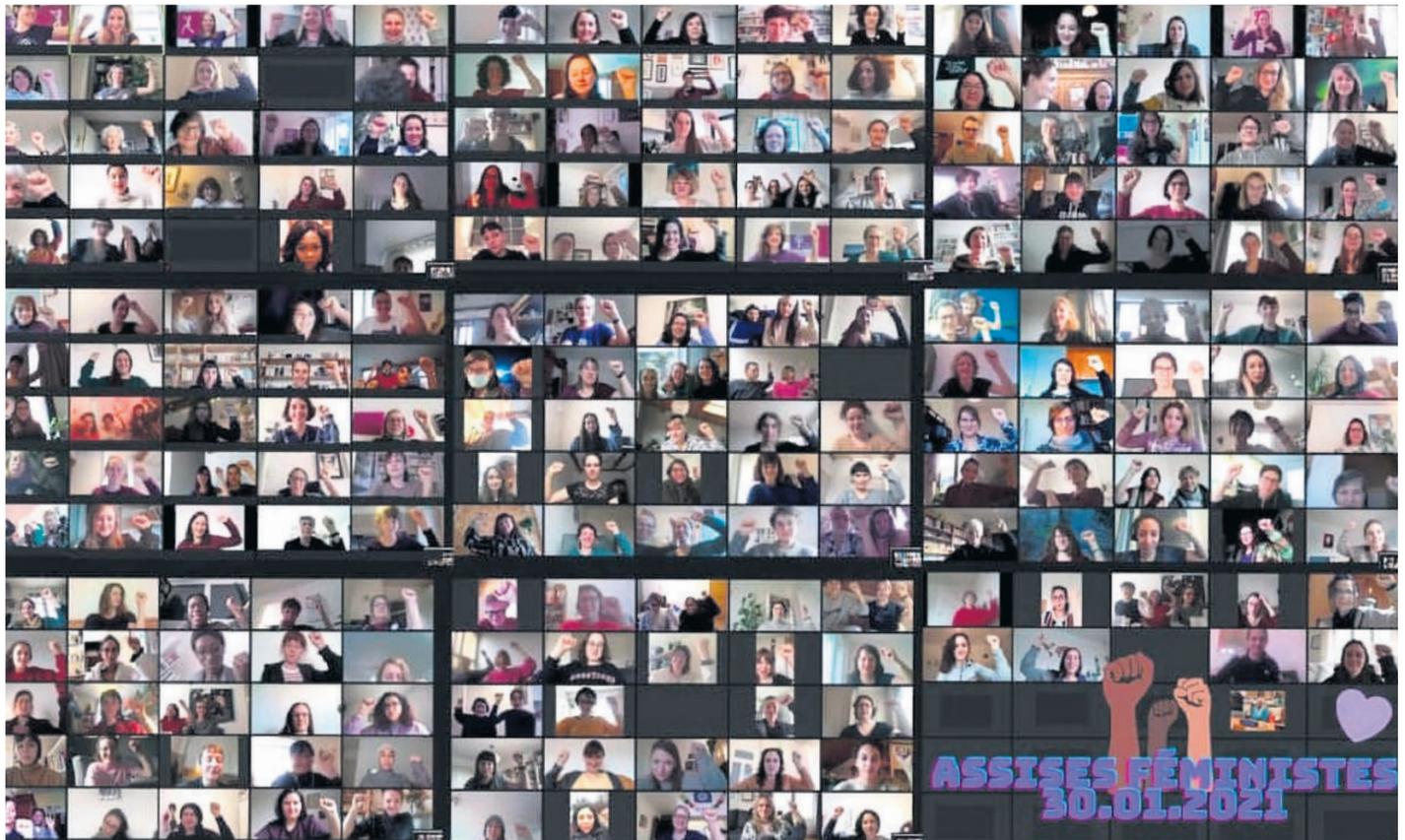
Dreissig Jahre nach dem ersten und zwei Jahre nach dem zweiten Frauenstreik diskutieren Aktivistinnen aus der ganzen Schweiz über eine Neuauflage.

PATRICIA D'INCAU

50 Jahre Frauenstimmrecht, 40 Jahre Gleichstellung in der Bundesverfassung, 30 Jahre seit dem ersten Frauenstreik. 2021 ist definitiv ein Frauenjahr. Und dafür bündeln die Aktivistinnen, die 2019 den zweiten historischen Frauenstreik organisierten, gerade schweizweit ihre Kräfte.

Ja, die Frauenstreik-Kollektive sind noch da! Das ist am virtuellen Vernetzungstreffen Ende Januar nicht zu übersehen. Unzählige kleine Rechtecke drängen sich auf dem Bildschirm: Rund 200 Frauen haben sich in den Zoom-Raum eingewählt, in dem die Versammlung der Deutschschweizerinnen und Tessinerinnen stattfindet. Während sich zur selben Zeit, in einem anderen Raum, rund 300 Westschweizerinnen zum Austausch treffen.

Es ist das erste Mal seit rund zwei Jahren, dass sich so viele Frauen aus allen Landesteilen vernetzen. Damals, im März 2019, nahmen rund 500 Aktivistinnen in Biel gemeinsam Anlauf für den Frauenstreik, der mit rund einer halben Million Teilneh-



DIGITALE POWER: Im Deutschschweizer und Tessiner Zoom-Raum trafen sich 200 Frauen, im Westschweizer sogar 300 zum Austausch. FOTO: FACEBOOK



«Wir spüren bei vielen Frauen eine grosse Wut.»

AUDE SPANG, FRAUEN-SEKRETÄRIN UNIA

menden schliesslich zur mächtigsten Demonstration der jüngeren Schweizer Geschichte wurde.

HEISSE DISKUSSION

Der Elan von damals: Er ist noch zu spüren. Die Frage, ob es am kommenden 14. Juni wieder eine Massenmobilisierung geben soll, wird an diesem Samstagnachmittag heiss

diskutiert. Denn: Es gibt durchaus auch Vorbehalte gegen einen dritten grossen Frauenstreik. Zumindest in diesem Jahr, wegen Corona.

Da kommt die Diskussion ins Rollen. Eine junge Frau sagt: «Es macht mich wütend, wenn ich das höre.» Schliesslich seien es gerade die Frauen, die die Folgen der Pandemie am härtesten zu spüren bekommen. Die Zahlen zeigen es: Weltweit stellen Frauen die Mehrheit derer, die wegen der Krise ihre Jobs verlieren. Obwohl gerade sie es waren, die die Grundversorgung am Laufen hielten, als sonst nichts mehr ging. In der Pflege etwa oder im Verkauf. Doch statt mehr Lohn gab's Applaus, Schoggi und Kündigungen. Und: Wo Schulen und Kitas geschlossen wurden, waren es mehrheitlich Frauen, die die zusätzlich

anfallende Betreuungsarbeit übernahmen. (work berichtete: **rebrand.ly/corona-frauen**).

Eine Aktivistin aus Basel stellt klar: «Wenn wir uns nicht wehren, dann wird sich nichts ändern!» Ausserdem wirke die Pandemie auch mobilisierend. Schliesslich hätten viele während der Krise zu spüren bekommen, dass Gleichstellung noch immer nicht existiere. Also: «Wann streiken, wenn nicht jetzt?»

SCHWEIZWEITE AKTIONEN

Eine Stunde dauert die Diskussion. Sie wird leidenschaftlich geführt, aber nie gehässig. Schliesslich ist es nicht das Ziel, einen schweizweit verbindenden Entscheid zu fällen. Sondern sich auszutauschen. Und sicher ist: Am 14. Juni wird es in der ganzen Schweiz kreative und vielfäl-

tige Aktionen geben. Wie die genau aussehen werden, bleibt den kantonalen und regionalen Streikkollektiven überlassen. Einen gemeinsamen Fixpunkt gibt es aber: Um 15.25 Uhr sollen Frauen im ganzen Land Lärm machen. Wie schon in den vergangenen beiden Jahren. Denn: Von da an bis Feierabend arbeiten Frauen im Vergleich zu Männern wegen der noch immer vorhandenen Lohndiskriminierung gratis. Und zwar jeden Tag.

Während die Deutschschweizerinnen ihr Treffen mit einem gemeinsamen Streiklied abschliessen, verabschieden die Westschweizerinnen eine gemeinsame Jahresagenda. Darauf stehen: der Kampf gegen schlechtere Frauenrenten (siehe AHV-Appell, Seite 2) und gegen die SVP-Burka-Initiative, die Erarbei-

tung eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen. Und eine feministische Beteiligung am grossen Klima-Generalstreik am 21. Mai. Als Auftakt für den 14. Juni, der auch in der Westschweiz «wieder gross werden wird», wie Unia-Frauensekretärin Aude Spang sagt.

Und was plant die Unia für den 14. Juni? Spang: «Auch wir mobilisieren wieder! Gerade jetzt spüren wir bei vielen Frauen eine grosse Wut. Weil sie merken, dass die Probleme immer noch da sind. Und sich mit der Krise sogar noch verschärfen.» Für Spang ist deshalb klar: «Das ist ein Momentum für die feministische Bewegung. Und es ist Zeit, dass die Politik die Frauen endlich ernst nimmt.»



50 Jahre Frauenstimmrecht: Es hagelt neue Bücher

Frauen schreiben Geschichte. Und Bücher.

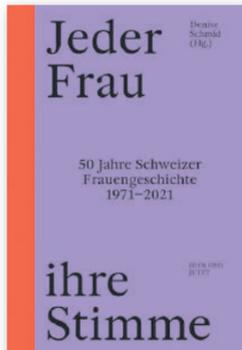
Wo ein Jubiläum ist, gibt's Lesestoff: Natürlich auch zum 50. Geburtstag des Frauenstimmrechts. work stellt drei Neuerscheinungen vor.

PATRICIA D'INCAU

100 Jahre haben die Schweizerinnen um das Stimmrecht gekämpft. Seit 50 Jahren haben sie es. Ein Jubiläum, das auch zum Nachdenken, Erinnern und Ergänzen Anlass gibt. Denn selbst wenn die Schweiz seit 1971 kein purer Männerstaat mehr ist: in den Geschichtsbüchern ist sie es (zu weiten Teilen) bis heute geblieben.

DER LANGE WEG

Genau dort knüpft das Buch «Jeder Frau ihre Stimme» (Verlag Hier und Jetzt, ca. CHF 39.-) an: In fünf Teilen skizziert es den langen Weg zur Gleichstellung von 1970 bis 2019. Jedes Jahrzehnt wird



von einer anderen Historikerin behandelt. Darunter Elisabeth Joris, Fabienne Amlinger und Unia-Frau Leena Schmitter. Sie nehmen dabei nicht nur die wichtigsten Etappen unter die Lupe – vom Frauenstimmrecht über das Gleichstellungsgesetz bis zur Mutterschaftsversicherung und zur Fristenregelung –, sondern porträtieren auch bekannte oder weniger bekannte Pionierinnen ihrer Zeit. Wie die Genfer Lesben-

aktivistin Rina Nissim oder die drei Bernerinnen Anne Wegmüller, Rahel Imobersteg und Rahel Ruch, die nach der männerbündlerischen Bundesratswahl 2003 (Abwahl von Ruth Metzler, Wahl von Christoph Blocher) spontan eine Grossdemonstration auf die Beine stellten. Ruch, Wegmüller und Imobersteg waren damals gerade einmal 17, 20 und 22 Jahre alt.

50 JAHRE, 25 FRAUEN

Jung ist auch Fina Girard. Mit 19 Jahren ist die Klima- und Jugendstimmrechtsaktivistin sogar die jüngste der Frauen, die in dem Jubiläumsband «50 Jahre Frauenstimmrecht» (Limmatverlag, ca. CHF 34.-) vertreten sind. Insgesamt 25 weibliche Persönlichkeiten beleuchten darin, wie es in der Schweiz heute um die Gleichstellung steht. Und wo noch Baustellen sind. Bundesrätin Viola Amherd macht Mut. Ex-Miss Schweiz und Moderatorin

Christa Rigozzi kämpft gegen Klischees. Ex-Tagesschau-Moderatorin Katja Stauber erinnert sich, wie sie am Anfang ihrer TV-Karriere «vor allem über meine Haarfarbe, meine Kleidung und meine Familienplanung» definiert wurde. Kein Wunder, schliesslich waren auch in den 90er Jahren noch viele Männer der Meinung, dass Frauen nicht vor die Kamera gehörten. Oder in



die Politik. Oder gar an die Spitze eines Unternehmens. Sondern in die Küche.

WÜRZIG BIS WITZIG

Diesen Umstand nehmen die beiden Publizistinnen Rita Jost und Heidi Kronenberg mit «Gruss aus der Küche» (Rotpunktverlag, ca. CHF 26.-) spielerisch auf. Für ihr Buch luden sie über 31 Journalistinnen, Kolumnistinnen und Historikerinnen ein, «zu formulieren, was sie erleben, was sie ärgert, freut, herausfordert und ansportet». Entstanden ist eine bunte Sammlung an frechen, wütenden, witzigen und analytischen Texten, in denen die Autorinnen nichts anbrennen lassen. Alles kommt auf den Tisch: ob Sexismus und Rassismus, der Skandal um die unbezahlte Care-Arbeit, lesbische Liebe oder die Frauenquote. Und mit ihren Zeichnungen macht die Berner Illustratorin Nora Rysler das Buch auch optisch

zum Juwel. Bleibt die Frage: Soll Frau das Stimmrechtsjubiläum nun feiern? Oder hässig sein, dass es noch immer im Schneckentempo vorangeht? Jost und Kronenberg lie-



fern die perfekte Antwort: Ein Grund zum Anstossen ist das Jubiläum sowieso. Entweder mit Champagner oder aber mit Schnaps Na dann, liebe Frauen: Prost!

Wie Theresia Rohner den Innerrhödlern Männern Beine machte

Alleine gegen den Kanton

Nur weil Theresia Rohner vor Bundesgericht klagt, führt der Kanton Appenzell Innerrhoden 1990 endlich das Frauenstimmrecht ein. Doch statt Glückwünschen gibt es Morddrohungen.

PATRICIA D'INCAU

Die letzte Schweizer Männerbastion fällt an einem kalten Dienstagvormittag. Es ist der 27. November 1990. Im grossen Saal des Bundesgerichts in Lausanne beraten sechs Richter und eine Ersatzrichterin darüber, ob Frauen im Kanton Appenzell Innerrhoden künftig auch abstimmen und wählen dürfen. Es

Kein Anwalt im Kanton war bereit, beim Bund Klage einzureichen.

ist eine Diskussion wie aus der Zeit gefallen: 20 Jahre nach der Einführung des nationalen Frauenstimmrechts verbieten es die Innerrhödlern «ihren» Frauen noch immer stur, auch in kantonalen Belangen politisch mitzureden.

Schon drei Mal haben die Männer an der Landsgemeinde das Frauenstimmrecht abgeschmettert. Jetzt aber greift das oberste Gericht durch. Das Urteil, das einstimmig fällt, ist gleichzeitig ein Befehl: Der Kanton Appenzell Innerrhoden muss den Frauen das Stimm- und Wahlrecht verleihen. Und zwar sofort.

DER ERSTE ANLAUF

Für Theresia Rohner ist das der Sieg. Sie ist es, die über ein Jahr zuvor den Stein ins Rollen gebracht hat. Damals, im April 1989, stellt sie – Töpferin, Geschäftsinhaberin und Mutter von zwei Töchtern – bei der Kantonsregierung den Antrag, bei der nächsten Landsgemeinde endlich auch Frauen zuzulassen. Und mit dem Rest der Schweiz gleichzuziehen. Denn: «Wir galten als Exoten. Die Situation war unmöglich.»

Den Antrag reicht Rohner alleine ein. Obwohl sie nicht die einzige ist, die sich ärgert. Doch keine andere wagt es, mitzumachen. In einem ihrer seltenen Interviews sagt Rohner später: «Alle Freundinnen und Bekannten haben sich abgewendet. Ich stand alleine da.»

Vor allem, als die damals 35jährige noch einen Schritt weitergeht: Nachdem die Kantonsregierung ihren Antrag innert nur zweier Wochen abgelehnt hat, legt Theresia Rohner nach – und klagt. Gestützt auf die Bundesverfassung, in der seit 1981 die Gleichstellung zwischen Mann und Frau verankert ist.

Weil in Innerrhoden kein Anwalt bereit ist, gegen den Kanton zu klagen, sucht sich Rohner Hilfe von aussen. Mit der St. Galler Anwältin Hannelore Fuchs übernimmt eine leidenschaftliche Kämpferin für Frauenrechte. Am



SIEG DER HARTNÄCKIGKEIT: Theresia Rohner 1990 vor dem Bundesgericht in Lausanne.

FOTO: KEYSTONE

22. Mai 1989 reichen die zwei Frauen beim Bundesgericht schliesslich eine Stimmrechtsbeschwerde ein. Für viele im Kanton eine absolute Provokation.

TORBENDE MÄNNER

Das Bundesgericht in Lausanne möchte den Innerrhödlern derweil eine Chance geben, doch noch selber zur Vernunft zu kommen. Also leitet es Rohners Beschwerde an den Kanton zurück. Tatsächlich kommt das Frauenstimmrecht als Traktandum Nummer 8 auf die nächste Abstimmungsliste. Doch das heisst die Stimmung kräftig an. In der Zeitung äussert einer: «Nur faule Weiber, die den ganzen Tag im Café herumsitzen und fünf vor zwölf eine Raviolibüchse öffnen, wollen das Stimmrecht.» Während andere behaupten, der Landsgemeindeplatz sei zu klein, um die Frauen auch noch mitabstimmen zu lassen.

Als sich die Männer schliesslich am 29. April 1990 zur Landsgemeinde versammeln, brauchen sie nur gerade 28 Sekunden, um das

Frauenstimmrecht erneut abzuschliessen. Einige jubeln: «Den Weibern haben wir es heute gezeigt!»

Doch für Theresia Rohner ist das der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Und jetzt steht sie auch nicht mehr alleine da. 100 Frauen und Männer gehen mit ihr

Das erneute Nein vom 29. April bringt das Fass zum Überlaufen.

ein zweites Mal nach Lausanne. Dort macht das Bundesgericht reinen Tisch. Es stellt klar: «Wer den Frauen dieses Recht verweigert, verstösst gegen die Bundesverfassung.»

STILLE HELDIN

Als Theresia Rohner kurz nach der Urteilsverkündung auf den Stufen vor dem Bundesgericht steht, im langen schwarzen Mantel, ein Tuch im Haar und einen Fransenschal um den Hals, schiesst ein Fotograf eines der wenigen öffentlichen Bilder von ihr. Denn kurz

nach ihrem Sieg zieht sich Rohner zurück. Während die Medien auf der ganzen Welt das Urteil feiern, ist man(n) zu Hause in Appenzell alles andere als erfreut. Einige wüten: «Die Frauen sollen lieber in den Spitälern die Nachthäfen leeren und Hintern putzen.» Und während Rohner schon vor dem Urteil mit anonymen Anrufen bedroht wurde, kommen jetzt Morddrohungen per Post. Einmal fliegt sogar ein Stein durchs Fenster. Die Familie wird unter Polizeischutz gestellt.

Als Theresia Rohner im April 1991 schliesslich zum ersten Mal an einer Landsgemeinde teilnimmt, hat sie weiche Knie. Doch alles geht gut. «Es war, als ob wir schon immer dagestanden wären», erinnert sie sich später.

Heute lebt Rohner im Berner Oberland. Es ist still geworden um sie, Interviews gibt sie kaum. In der Migros-Zeitung sagte sie 2011 aber rückblickend: «Ich habe damals etwas fürs Leben gelernt: dass es Situationen gibt, wo man hinstehen und sich wehren muss.»

50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT DAS LÄUFT ZUM JUBILÄUM

Statt den Umstand zu feiern, dass die Männer den Frauen am 7. Februar 1971 endlich erlaubten, politisch mitzureden, feiern sich die Frauen zum 50. Stimmrechtsjubiläum lieber selbst. Eine Vielzahl von Veranstaltungen ehrt die Kämpferinnen von damals, Pionierinnen von heute und bringt aufs Tapet, wo es bei der Gleichstellung noch immer harzt. work zeigt eine Auswahl:

● **DIE FEIER** Pünktlich zum 7. Februar hatte das Projekt «Hommage 2021» (hommage2021.ch) Grosses geplant: Zwei Wochen lang sollte die Geschichte der Schweizer Frauenbewegung an die Fassaden des Bundeshauses, der Schweizerischen Nationalbank und der Berner Kantonalbank projiziert werden. Wegen Corona musste dieses Lichtspektakel jetzt verschoben werden. Die dazugehörige Open-Air-Ausstellung in der Berner Altstadt kann allerdings starten: Sie zeigt 52 Portraits von Frauen aus der ganzen Schweiz. Zwei pro Kanton. Ihr Leben, ihr Wirken, ihre Geschichte. Nachzulesen gibt es sie auch online unter: hommage2021.ch/portraits.

● **DIE AUSSTELLUNG** Auf ihre Wiederöffnung wartet im Historischen Museum in Bern die Jubiläumsausstellung «Frauen ins Bundeshaus!». Sie erzählt die jüngere Schweizer Geschichte anhand von 12 Politikerinnen, die den Frauen in der Schweiz mit



SCHNECKENPOST: Berner Demo 1928. FOTO: PD

Mut, Wut und Witz Gehör verschafften. Einen Teil der Ausstellung gibt es nun aber auch online. Genauso wie einen dazugehörigen Podcast. Nachzulesen und nachzuhören unter: rebrand.ly/fraueninsbundeshaus.

● **DIE VIRTUELLEN EVENTS** Die letzten 50 Jahre kennen wir, doch was kommt in den nächsten 50 Jahren? Darüber diskutieren die beiden Aktivistinnen Zita Küng und Tamara Funciello an einer der unzähligen Online-Veranstaltungen, die es in diesem Jubiläumsjahr gibt. Auf der Aktionskarte ch2021.ch findet Frau sie alle. Natürlich auch die nicht virtuellen Anlässe – wenn sie denn wieder stattfinden können. Darunter etwa die Führung «Frauen unter der Bundeshauskuppel», ein Besuch im Bundeshaus «aus dem Blickwinkel der Frauen».

● **DER FILM** Schon 2012 wurde Stéphane Goëls Film «Von der Küche ins Parlament» zum ersten Mal ausgestrahlt. Jetzt hat der Filmemacher seinen Dok aufgefrischt und erweitert. Mit Feingefühl und Humor zeichnet er nach, wie vier Generationen Frauen um das Stimmrecht rangen – und wie ihre Nachfolgerinnen heute noch gegen Diskriminierung kämpfen müssen. Mit Archivmaterial



PAUKENSCHLAG: Frauenstreik 2019. FOTO: PD

aus den 20er Jahren bis zum Frauenstreik 2019. Ab Mitte Juni in den Kinos. Der Trailer ist schon online: youtu.be/e-JQs95zrUU.

● **DIE SESSION** Zum krönenden Abschluss des Jubiläumsjahres findet am 29. und 30. Oktober 2021 die Eidgenössische Frauensession statt (rebrand.ly/frauensession). Dann ist der Nationalratssaal ganz in Frauenhand. Zum ersten Mal seit 1991 und zum zweiten Mal überhaupt in der Geschichte der Schweiz.



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Mutterschaftsversicherung: Gilt sie auch für Grenzgängerinnen?

Ich arbeite seit vielen Jahren in einem Betrieb in Basel, habe aber meinen Wohnsitz in Deutschland. Nun bekomme ich in zwei Monaten ein Kind. Habe ich als Grenzgängerin Anrecht auf die Mutterschaftsentschädigung?

MYRIAM MUFF: Ja. Sie haben Anrecht auf 14 Wochen Mutterschaftsentschädigung in der Höhe von 80 Prozent Ihres durchschnittlichen Einkommens (maximal CHF 196 pro Tag). Sie müssen jedoch die im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) geregelten Voraussetzungen erfüllen:



FRÖHE BOTSCHAFT: Auch Grenzgängerinnen erhalten Mutterschaftsentschädigung.

FOTO: PHERE

Das heisst, Sie müssen während neun Monaten unmittelbar vor der Geburt Ihres Kindes im Sinne des AHV-Gesetzes obligatorisch versichert gewesen sein und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang gearbeitet haben. Da Sie offenbar schon länger bei der Firma in Basel arbeiten, werden Sie zum Zeitpunkt der Geburt in den neun vorangegangenen Monaten ohne weiteres während mehr als fünf Monaten gearbeitet haben. Zudem fallen Sie auch unter das Obligatorium des AHV-Gesetzes. Demnach sind nämlich nicht nur Personen mit Wohnsitz in der Schweiz versichert, sondern auch solche, die in der Schweiz arbeiten.

Lohnfortzahlungspflicht: Wann muss die Firma bezahlen?

Ich habe seit zwei Monaten eine neue, unbefristete Anstellung mit normalen Kündigungsfristen. Kürzlich wurde ich während zweier Wochen krank. Meine Firma zahlt mir für diese Krankentage keinen Lohn; eine Krankentaggeldversicherung hat sie nicht abgeschlossen. Als Begründung gibt sie an, dass das Arbeitsverhältnis weniger als drei Monate gedauert habe. Ein Arbeitskollege von mir erlitt jedoch keinen solchen Lohnausfall, als er krank wurde. Dabei arbeitet er gleich lang im Betrieb wie ich. Sein Arbeitsvertrag ist allerdings auf sechs Monate befristet. Ist es korrekt, dass ich keinen Lohn erhalte, er aber schon?

MYRIAM MUFF: Leider ja. Ihre Firma beruft sich auf Artikel 324a Obligationenrecht. Dieser Artikel regelt die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers, wenn der oder die Arbeitnehmende wegen Krankheit, Unfall usw. nicht arbeiten kann. Der Arbeitnehmende hat nur dann Anspruch auf Lohnersatz, wenn «das Arbeitsverhältnis mehr als drei Monate gedauert hat oder für mehr als drei Monate eingegangen ist». Bei einem unbefristeten Arbeitsverhältnis ist dies dann der Fall, wenn dieses von Anfang an durch Kündigung erst auf einen Termin nach Ablauf von drei Monaten beendet werden kann. Wurden jedoch normale Kündigungsfristen vereinbart, wie dies bei Ihnen der Fall ist, beginnt die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers erst am 1. Tag des 4. Anstellungsmonats. Bei einem befristeten Arbeitsverhältnis, das für mehr als drei Monate eingegangen wurde und das vor Ablauf der vereinbarten Frist nicht kündbar ist, besteht die Lohnfortzahlungspflicht hingegen bereits von Anfang an. Daher ist es im konkreten Fall rechtlich (leider) korrekt, dass Ihr Kollege während seiner Krankheit Lohnersatz erhält und Sie nicht.

14 workservice 5. Februar 2021

Die Corona-Impfung: Warum, wie, für wen, wann

Hier geht's zum Pieks

Jeden Tag neue Informationen – und jeden Tag neue Fragen. Eine Übersicht über den Stand des Wissens und die aktuellen Regeln der national ausgerufenen und kantonal gesteuerten Impfkation.

Wie funktioniert die Corona-Impfung?

Impfungen täuschen dem Körper eine Infektion vor, worauf das Immunsystem Antikörper bildet. Das ist auch bei den Corona-Impfstoffen so. Die beiden bisher zugelassenen Produkte – Comirnaty von Pfizer/Biontech und das Covid-19-Vakzin von Moderna – verwenden dazu eine neuartige Technik aus der Gentechnologie, der Effekt ist aber klassischen Impfstoffen vergleichbar (work berichtete).

Die weiteren vom Bund mittlerweile bestellten Impfstoffe von Astra Zeneca, Curevac und Novavax basieren teils auf der gleichen Technologie, teils auf anderen Verfahren. Sie sind aber noch nicht für die Anwendung in der Schweiz zugelassen.

Wie hoch ist ihre Wirksamkeit?

Die Impfstoffe von Pfizer und Moderna verhindern einen schweren Krankheitsverlauf mit einer Wahrscheinlichkeit von 94 bis 95 Prozent. Das haben Feldstudien an über 40 000 Personen (Pfizer) und 30 000 Personen (Moderna) ergeben. Bedingung dafür ist bei beiden Impfstoffen, dass zwei Impfdosen im Abstand von drei bis vier Wochen verabreicht werden. Beim noch nicht zugelassenen Impfstoff von Astra Zeneca liegt die Wirksamkeit mit einem Wert von unter 70 Prozent voraussichtlich tiefer.

Schützt die Impfung auch gegen mutierte Viren?

Das ist nicht mit Sicherheit belegt. Gegen die britische Variante ist ein guter Schutz nach ersten Studien wahrscheinlich, bei anderen Mutanten (etwa der brasilianischen und der südafrikanischen Variante) liegen hingegen bisher keine Daten vor.

Wie lange hält die Wirkung an?

Weil Langzeitstudien fehlen, steht die Antwort auf diese Frage noch aus. Erste, noch nicht nachgeprüfte Studien wiesen Antikörper noch fünf Monate nach der Imp-

fung nach. Es wird dauern, bis solide Fakten folgen.

Können Geimpfte das Virus weiterhin übertragen?

Das kann zurzeit nicht ausgeschlossen werden. Die bisher zugelassenen Impfstoffe sind zwar darauf getestet, wie gut sie vor schweren Krankheitsverläufen schützen. Inwieweit sich das Virus bei geimpften Personen aber dennoch im Rachen breit machen und über die Atemluft verbreitet werden kann, ist noch nicht ausrei-

Ob Geimpfte weiterhin andere anstecken können, ist noch unklar.

chend geklärt. Auch nach der Impfung müssen deshalb die eisernen Corona-Regeln (Maske tragen, Abstand halten) weiter eingehalten werden.

Mit welchen Nebenwirkungen ist zu rechnen?

Leichte Nebenwirkungen sind häufig: Oft kommt es zu Schmerzen und Schwellung an der Injektionsstelle, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Muskelschmerzen, Gelenkschmerzen, Schüttelfrost oder Fieber. Weniger oft werden Übelkeit, Gliederschmerzen, Schlafprobleme oder Juckreiz beobachtet. Sehr schwere Nebenwirkungen waren bisher äusserst selten, und auf keinen Fall besteht das Risiko, infolge der Impfung an Corona zu erkranken.

Für wen ist eine Impfung nicht möglich?

Die beiden bisher angewendeten Impfstoffe sind für Jugendliche bis zu 16 Jahren (Pfizer) bzw. 18 Jahren (Moderna) nicht zugelassen, weil Nebenwirkungen und Wirksamkeit ungenügend erforscht sind. Schwangeren Frauen hat das Bundesamt für Gesundheit anfänglich von der Impfung abgeraten, weil die Risiken noch unklar sind. Mittlerweile wird die Impfung dennoch empfohlen, wenn die Schwangere unter chronischen

WORKTIPP

BITTE NICHT DRÄNGELN

Sie möchten möglichst schnell oder gar schneller als möglich an die Reihe kommen? Wenn Sie nicht Bundesrat, Chefarzt oder Nationalkabarettist sind und keine besonderen gesundheitlichen Risiken nachweisen können, haben Sie schlechte Karten. Zeigen Sie jetzt Solidarität mit Personen, die höhere Risiken tragen als Sie. Aber bleiben Sie am Ball, indem Sie sich laufend informieren über den Fortschritt der Impfkampagne Ihres Wohnkantons, und melden Sie sich sobald als möglich an.

Krankheiten wie Bluthochdruck oder Diabetes leidet. Vorab ist jedoch ärztliche Beratung nötig.

Für wen ist die Impfung empfohlen?

Grundsätzlich ist die Impfung allen Erwachsenen empfohlen, schwangeren Frauen jedoch nur, wenn sie aufgrund chronischer Krankheiten einem besonderen Risiko ausgesetzt sind.

Wann komme ich dran?

Zurzeit und wohl noch bis weit in den Frühling hinein ist zu wenig Impfstoff vorhanden, um der Nachfrage gerecht zu werden. Die Impfstrategie von Bund und Kantonen räumt deshalb Personen-

Die Wirksamkeit ist gut belegt, ihre Dauer hingegen nicht.

gruppen den Vorrang ein, die besondere Risiken tragen. Priorität haben ältere Menschen (75jährig und älter) sowie Personen jeden Alters mit chronischen Krankheiten mit höchstem Risiko (ärztliches Attest nötig). In zweiter Priorität werden alle Personen mit chronischen Krankheiten, Ge-



BEGEHRTER SCHUTZ: Wer sich impfen lassen möchte, aber gesund und jünger als 75jährig ist, muss sich bis in den Frühling gedulden. FOTO: GETTY

sundheitspersonal mit Patientenkontakt sowie Betreuungspersonal von besonders gefährdeten Personen berücksichtigt.

Wie melde ich mich zur Impfung an?

Die Organisation der Impfung ist Sache der Kantone, und jeder Kanton fährt in der Umsetzung der



KUH ODER PALME: Die Butter besteht aus Rahm, in der Margarine hat's Palmöl aus Grossplantagen. Indonesien ist das weltweit grösste Anbauggebiet. FOTO: GETTY

Überall ist Palmöl drin. Was es als Wie Köchin Betty

Kein anderes Pflanzenöl lässt sich günstiger herstellen. Allerdings auf Kosten der Natur und der Landbevölkerung in den Produktionsländern.

MARTIN JAKOB

Bis 1956 war in unserem kühnen Alpenland alles in Butter. Fast alles. Da gab's zwar schon Margarine als Streich- und Bratfett. Aber die Schweizer Hausfrau (damals briet Herr Schweizer höchstens mal ein Spiegelei) misstraute der Importware und hielt sich an die altbewährte Butter. Bis der Unilever-Konzern die Köchin Betty Bossi erfand. Die präsentierte in einer eigenen Zeitung («Betty Bossi Post») und in praktischen Rezeptbüchern leicht nachkochbare Gerichte – allesamt

unter Verwendung von Margarine und palmölbasierten Speiseölen. Palmöle und -fette machten Marktanteile gut, zumal die Butter in den Ruf geriet, sie erhöhe den Cholesterinspiegel und damit das Risiko von Herzerkrankungen.

Dass Butterbrote Herzinfarkt erzeugen, ist durch neuere Forschung widerlegt. Vergleichende Analysen zeigen auch, dass Palmöl im Vergleich zu anderen pflanzlichen Produkten wie Raps- oder Olivenöl

Betty Bossi war eine Erfindung des Unilever-Konzerns.

einen weit höheren Anteil an den problematischen gesättigten Fettsäuren aufweist.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

**NACHTWÄCHTER:** Das Smartphone hilft einschlafen – und weckt Sie sicher. FOTO: SHUTTERSTOCK

Praktische Schlafhelfer auf dem Handy

Wenn Sie Mühe haben, abends einzuschlafen oder morgens aufzustehen, hilft vielleicht eine App. **White Noise Lite** (gratis, für Android und iPhone) erleichtert das Einschlafen mit sanften Geräuschkulissen wie Wellen, Regen, einem Kaminfeuer oder einer schnurrende Katze.

Wenn Sie zum Einschlafen gern Musik ab dem Handy hören, kennen Sie das Problem: Die Musik läuft die ganze Nacht. Praktisch ist ein Timer, der die Wiedergabe stoppt.

Für Android-Handys eignet sich die kostenlose App **Sleep Timer**. Beim iPhone braucht es keine spezielle App: Öffnen Sie die installierte Uhr und wählen Sie unten den Timer

Regengeräusch zum Einschlafen, sanftes Licht zum Aufwachen.

aus. Drücken Sie auf «Timer Ende» und wählen Sie in der Liste ganz unten «Wiedergabe stoppen». Drücken Sie dann auf «Einstellen» und wählen Sie eine Zeitdauer.

Daneben gibt es auch praktische Wecker-Apps: **Alarmy** (kostenlos, Android und iPhone) stellt den Alarm morgens erst ab, wenn Sie eine bestimmte Aufgabe gelöst haben: das Handy schütteln, eine Rechenaufgabe lösen oder eine bestimmte Anzahl Schritte gehen.

Glimmer (kostenlos, Android) verspricht ein besonders sanftes Wecken: Schon 30 Minuten vor der Weckzeit beginnt das Handy sanft zu leuchten und wird langsam immer heller. Zudem kann die App Vogelgezwitscher und andere Geräusche abspielen.

Tipp: Schalten Sie wegen der Handystrahlung das Handy in den Flugmodus. Braucht die App eine WLAN-Verbindung, deponieren Sie das Handy möglichst weit weg vom Bett entfernt. MARC MAIR-NOACK

ICH WILL NICHT!

ZWINGEN VERBOTEN

Die einen möchten sich lieber heute als morgen gegen das Coronavirus impfen lassen. Die andern wollen die Impfung auf keinen Fall – auch nicht auf Anordnung der Firma. Das ist die Rechtslage:

KEINE SANKTIONEN. Zwei Schergen halten Sie fest, der dritte jagt Ihnen den Impfstoff in den Oberarm: Vergessen Sie diesen Albtraum. In diesem Sinne müssen Sie keinen Impfwang fürchten, so hält es auch die Verordnung zum Epidemiegesetz fest. Vom Impfwang zu unterscheiden ist aber das Impfblogatorium, das Bund und Kantone für gewisse Bevölkerungsgruppen erlassen können. Zum Beispiel für Berufe im Gesundheitswesen. Strafrechtlich bleibt eine Nichtbefolgung ohne Folgen, sie könnte aber ein Berufsverbot zur Folge haben, dessen Verletzung dann strafrechtlich verfolgt werden könnte. Stets darf ein Obligatorium nur ausgesprochen werden, wenn nicht andere Schutzmassnahmen ebenso wirkungsvoll sind. Solange nicht eindeutig belegt ist, dass Geimpfte Dritte nicht mehr anstecken, wäre ein Obligatorium wohl nicht verhältnismässig.

IM BETRIEB. Kommt es zum behördlichen Obligatorium für bestimmte Berufsgruppen, darf die Arbeitgeberin verlangen, dass sich die Mitarbeitenden daran halten. Wer dies nicht tut, kann zu einer anderen Arbeit eingeteilt oder freigestellt werden, unter Umständen ist sogar eine Kündigung möglich. Die Gewerkschaften und Berufsverbände des Pflegepersonals haben die Betriebe aufgerufen, auf ein Obligatorium zu verzichten, jenen Mitarbeitenden aber, die eine Impfung wünschen, einen raschen Zugang dazu zu sichern. (jk)

Vorgaben des Bundes sein eigenes Züglein. Die einen haben Impfzentren eingerichtet, andere arbeiten mit den Spitälern oder auch mit Hausärzten oder Apotheken. In einigen Kantonen ist eine Online-Anmeldung bereits heute auch für Personen möglich, die voraussichtlich erst Monate später einen Termin erhalten werden. Informieren

Sie sich auf jeden Fall heute schon über die Situation in Ihrem Kanton. Die Web-Adresse finden Sie unter rebrand.ly/impfkanton.

Was kostet die Impfung?

Die Impfung ist für die Bevölkerung gratis. Für die Kosten kommen der Bund und die Krankenkassen auf. MARTIN JAKOB

Nahrungsmittel taugt und warum es ein Politikum ist Bossi ihre Unschuld verlor

Betty Bossi aber, die inzwischen auch mit Butter kocht und in den Besitz von Coop gewechselt hat, ist bis heute allgegenwärtig in Schweizer Rezepten – genauso wie das Palmöl in den Regalen unserer Supermärkte. Rund die Hälfte aller Produkte im Supermarkt enthalten Palmöl. Neben Lebensmitteln wie Margarine, Süßwaren und Fertiggerichten sind das auch zahlreiche Drogerieprodukte, wo das Pflanzenfett zum Beispiel die Hautcreme geschmeidig macht.

BESTSELLER. Die industrielle Logik hinter dieser Omnipresenz: Gegenüber anderen Pflanzenölen ist jenes der Ölpalme pflegeleichter in der Produktion, ergiebiger, vielseitiger einsetzbar und unterm Strich am

billigsten in der Herstellung. Ausserdem beansprucht die Ölpalme gemessen am Ertrag die geringste Landfläche. Welche aber gleichwohl gigantisch ist: Palmplantagen breiten sich

Palmölplantagen verdrängen tropische Regenwälder.

schon über 17 Millionen Hektaren aus (das ist etwa die vierfache Fläche der Schweiz).

Und das auf Kosten der tropischen Regenwälder, die – vor allem in Indonesien und Malaysia – für den Palmenanbau grossflächig gerodet oder abgeackert werden. Artenvielfalt wird dabei zerstört und indigene Bevölkerung vertrieben, kleinbäuerliche Strukturen

weichen dem industriellen Zugriff einheimischer oder internationaler Konzerne.

REFERENDUM. Wie kommt es nun dazu, dass das Palmöl in der Schweiz zum Politikum wird? Die Eidgenossenschaft will dem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien beitreten. Darin enthalten: die erleichterte Einfuhr von Palmöl in die Schweiz. Wobei nur Palmöl von tieferen Zöllen profitiert, das nachhaltig produziert wurde.

Etlche Umweltorganisationen und Parteien (Juso, Grüne, PdA und EVP) wollen die zusätzliche Ankurbelung der Palmöl-Hausse nicht zulassen. Die SP Schweiz fasst ihre Parole am 13. Februar. Über das Referendum wird am 7. März abgestimmt.

ZUR ABSTIMMUNG

«PROFIT FÜR ALLE»

Vom Freihandelsabkommen mit Indonesien sollen gemäss Bundesrat «alle wichtigen Schweizer Exportbranchen profitieren». Im Abkommen gewährt die Schweiz Indonesien auch Konzessionen für Palmöl. Die Argumente des Bundesrats: rebrand.ly/bundesratindonesien, die Argumente des Referendumskomitees: stop-palmoel.ch.

Die neuen Velo-Verkehrsregeln Kleine Freiheit

Rechts abbiegen trotz Rotlicht ist für Velos und Mofas jetzt erlaubt. Aber nur, wenn das ausdrücklich signalisiert ist.

**HOPP VELO:** Freie Rechtsfahrt nur mit Zusatztafel. FOTO: BFU

Tönt ja gut, diese neue Verkehrsregel: Statt bei Rotlicht genau wie die Autos anhalten zu müssen, hat man auf dem Velo jetzt freie Fahrt, wenn man nach rechts abbiegt. Das gilt allerdings nur, wenn eine Zusatztafel an der Ampel das ausdrücklich signalisiert. In vielen Städten sind diese Tafeln aber noch nicht montiert.

Dass die neue Freiheit eher die Ausnahme bleiben als zur Regel werden wird, zeigt sich am Beispiel der Stadt Zürich. Sie hat die Zusatztafeln bereits angebracht, aber nur an 81 von rund 900 Kreuzungen – aus Sicherheitsgründen. Beim

grossen Rest bleibt Rechtsabbiegen bei Rotlicht ein Regelverstoss, der 60 Franken Busse kostet. Ausserdem gilt Vortritt für Fussgängerinnen und Fussgänger.

NEU FÜR KINDER. Ebenfalls seit Anfang Jahr dürfen Kinder bis zu 12 Jahren mit dem Velo auf dem Trottoir fahren, wenn kein Veloweg oder Velostreifen vorhanden ist. Sie müssen jedoch rücksichtsvoll fahren und den Fussgängerinnen und Fussgängern den Vortritt lassen. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 1
Das Lösungswort lautet: BRIEFTRÄGERIN



DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Belvedere in Grindelwald BE, hat gewonnen: Cornelia Lüdin, Itingen BL.
Herzlichen Glückwunsch!

Energieverlustleistung			ital. Regisseur † 1989	Gallertsubstanzen	kleinlich heruminterpretieren			Berner Nebenfluss der Aare	Schadenfeuer	Doppelvokal	der ... ist jetzt auch eine Dudin		Satz b. Tennis (engl.)		schwed. Stadt u. Gemeinde	Körperfleck	schweiz. Kanton	Autokz. Kanton Thurgau
alpines Gewässer								Das Kind mit dem ... ausschütten.					... ist kein Verbrechen					
Frage nach e. Ort			endlich ist er weg		unerwünschte Pflanzen								brit. Hochadlige		schlimm, böse			
poet.: Gesicht								förm. Männerkleidung		anti, kontra		Kleidungsstück (Kw.)						kelt. Dichter
					untere Tortenschicht		protzen, prahlen								Gesteinart	dt. Vorsilbe	Messestadt in Sachsen	
Inhaltslosigkeit		Sammelbuch		blind machen								stark windig		Festveranstaltung				
Geld (ab-schätzig)							Waren-gestell		Zaun aus Pflanzen		erste Frau an der Spitze einer Gewerkschaft							
				8	seltsam, absonderlich		getrieben, gehetzt							5	abge-sondert, extra		Identitätskarte (Kw.)	
Ort mit Flugplatz im Kl. BE	Jugendlicher		dokumentieren								Hauptstadt v. Albanien		Clan, Familienverband					
ital. Industriestadt					hinterbliebene Ehefrau			schott. Stammesverbände		brit. Tageszeitung						Ehemann, Gemahl		7
			nicht wenig		unsicher auf den Beinen								relig. Lehrer d. Hindus		Halbtbn über G			4
männl. Artikel (3. Fall)		Speisenaroma								2	gego-rener Honig-saft		Auto-abstellraum					10
Farbe beim Roulette					Autokz. Südafrika		Schnellzug		Reifeprüfung							ugs.: sowieso		kurz für: in dem
... Lock-down		forcieren											weibl. Amtsbezeichnung					3
					Aero-club der Schweiz (Abk.)					11	nicht zu Erwährendes							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 12. Februar 2021

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2020 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier», das bestätigt, dass für das Jahr 2020 der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten je nach Höhe ihres Unia-Mitgliederbeitrags eine Rückerstattung für 2020

zwischen 200 und 307 Franken

(Wenn die Mitgliederbeiträge höher als 304 Franken sind.)

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2021 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.



UNIA

WORKPOST



WORK 1 / 22.1.2021: DIE AMERIKANISCHE KRANKHEIT

Mit seiner Analyse der USA nach Trump hat work-Autor Oliver Fahrni in ein Wespennest gestochen. Chris Kelley, Co-Leiter Sektor Bau bei der Unia, legt Widerspruch ein, Oliver Fahrni nimmt Stellung.

Achtung Spaltung



Chris Kelley.

Ich habe den Artikel zum «fehlenden Ende des Trumpismus» mit grossem Interesse gelesen. Oliver Fahrni unterstreicht einige sehr wichtige Punkte, die in den meisten anderen Medien oftmals verloren gehen. Denn eine «Rückkehr zur Normalität» wäre es, den Weg zu ebnen für einen weiteren, möglicherweise noch schlimmeren Trump. Trotzdem möchte ich eine Rückmeldung geben zu einigen anderen Diskursen, die er in seinem Artikel aufnimmt. Denn der Artikel beschreibt die Strategie der Republikaner (und vieler neoliberaler Kräfte weltweit «for that matter») sehr korrekt: «Der Mächtige gewinnt, wenn er die soziale Auseinandersetzung als Rassenkrieg führt.» Doch genau aus diesem Grund verstehe ich nicht, warum Fahrni in diesem Artikel genau diese Logik reproduziert. Dass die soziale Ungleichheit in den USA (wie auch in vielen anderen Ländern) entlang ethnischer Linien artikuliert wird, ist traurig, aber wahr. Dass prozentual zur Bevölkerung mehr Afroamerikanerinnen und Latinos in Armut leben, ist ebenfalls eine Tatsache. Dass wir als Linke die Zerschlagung dieser Missstände mit aller Kraft angehen müssen, steht ausser Frage. Auf das Engagement vieler Gewerkschaften und sozialistischer Gruppen in der Black-Lives-Matter-Bewegung können wir deshalb stolz sein, auch wenn wir noch einen weiten Weg vor uns haben.

SPRENGSTOFF. Doch ich wage zu behaupten, dass wir diese historische Aufgabe, die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, dann schaffen, wenn wir die Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenbringen und nicht, wenn wir eine Rangliste produzieren, die das Leiden einzelner Teile der Arbeiterklasse als de facto inexistent degradiert. Eine solche Analyse steht nicht nur empirisch auf wackligen Beinen, sondern erweist der Arbeiterbewegung einen Bärendienst: Wie oben bereits gesagt, reproduziert ein solcher Diskurs genau den rassistischen «Sprengstoff» und die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Linke war immer nur dann stark, wenn sie es schaffte, die Armut, den Rassismus, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und die zahlreichen weiteren Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus einer gemeinsamen Klassenperspektive anzugreifen. Meine Cousine und ihr Mann leben im US-Bundesstaat Virginia. Sie arbeitet in prekären Jobs, oftmals in Callcentern, wenn sie überhaupt Arbeit hat. Er arbeitet im Bergbau. Beide haben einen Lohn – wenn sie ihn überhaupt erhalten –, von dem man kaum leben kann. Sie wohnen zwar zusammen, sehen einander aber nicht viel, denn er arbeitet möglichst viele Überstunden, damit sie die gemeinsamen Rechnungen bezahlen können. Sie können sich nicht erinnern, wann sie das letzte Mal Ferien machen konnten – weil sie kaum bezahlte Urlaubstage haben und es sich sowieso nicht leisten können. Sie haben in den Vorwahlen der Demokraten für Bernie Sanders gestimmt, weil sie auch die Ursachen dieser Probleme erkannt haben. Doch Sätze wie «wenn irgendjemand diskriminiert wird, dann nicht der arme weisse Mann», die auch von vielen

USA: Das Ende von Trump ist nicht das Ende des Trumpismus Die amerikanische Krankheit



Teilen der liberalen Linken in den USA geteilt werden, sind nicht zuletzt auch Gründe, warum viele ihrer Kollegen Trump gewählt haben. Nicht, weil sie von irgendeinem wahnsinnigen und reaktionären Rassenkrieg träumen, sondern, weil sie ihr Leben in Armut nicht als «problemlos» beschrieben hören wollen – erst recht nicht von ausgerechnet den Personen, die behaupten, sie als Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten. Und somit fallen diese Personen leider auf einen rechten Demagogen rein, der zumindest so tut, als würde er ihre Sorgen ernst nehmen – auch wenn er es nicht macht.

KRISEN. Es steht ausser Frage, dass die afroamerikanischen und Latino-Teile der amerikanischen Arbeiterklasse prozentual am härtesten getroffen sind von der aktuellen Krise – und in den meisten anderen Krisen des Kapitalismus auch. Doch das bedeutet nicht, dass sämtliche anderen Teile der Arbeiterinnenklasse nicht betroffen sind. Nicht als Weisse diskriminiert – sie sind tatsächlich frei von dieser rassistischen Diskriminierung –, aber durchaus als Arbeiterinnen diskriminiert. Der Artikel zitiert Martin Luther King mit dem Satz «Kapitalismus schafft Rassismus». Und folgt kurze Zeit später mit Bernie Sanders, der betont, dass: «wenn die Demokraten es nicht schaffen, sich für die arbeitenden Klassen, egal ob schwarz, weiss, latino oder amerindianisch, gegen die mächtigen Interessen der Wirtschaft durchzusetzen, kommt 2024 ein Autokrat an die Macht, der vielleicht noch schlimmer ist als Trump». Und diese zwei Sätze bringen es auf den Punkt. Und genau deshalb: Nehmen wir diese beiden Zitate ernst. Wenn wir real daran interessiert sind, etwas an den Machtverhältnissen zu ändern, dann müssen wir die Arbeiterinnen und Arbeiter vereinen. Und das schaffen wir, wenn wir gemeinsam alle Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft angehen. Nicht aber, wenn wir einzelnen Teilen der Arbeiterklasse (übrigens demographisch die Mehrheit in den USA) sagen, dass ihr Leiden nicht existiert oder irgendein «privilegiertes» Problem sei.

Mythos-Demontage



Oliver Fahrni.

Vielen Dank für Deine Kritik, Chris! In einem Punkt will ich widersprechen. Ich gehe davon aus, dass Du meine Ansicht teilst, dass die Rechte/die Mächtigen den grundsätzlichen Klassen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital durch Rassismus und ethnische Spaltung zu verhüllen versuchen, um jeden Widerstand zu brechen. Zudem müsste klar sein, dass mein Artikel keine «Rangliste» der Opfer der verschärften kapitalistischen Ordnung erstellt. Denn das wäre dieselbe Ethnisierung der sozialen Frage, wie sie die Rechten betreiben – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Ich schreibe, dass der Neoliberalismus die sozialen Unterschiede (nicht die ethnischen) extrem verstärkt hat. In einer Gesellschaft, die zudem ein altes Rassismusproblem hat. Ich nenne die Arbeitslosenzahlen. Ich zitiere Sanders und zwei Soziologinnen in diesem Sinne. Gewerkschaften können die rassistische Spaltung nur abwenden, indem sie für die Einigkeit aller Arbeitenden einstehen. So wie wir damals gegen die Baracken-Schweiz gekämpft haben. Und heute gegen Blocher.

MÖRDERISCHE STRATEGIE. In diesem Artikel ging es darum, die Strategie der Rechten zu zeigen, die mit Trump nicht gestorben ist. Auf der anderen Seite sind die Demokraten keine linke Partei in unserem Sinne, und Joe Biden ist, wie ich erwähne, eher ein Mann des Establishments (er war gegen das Schulbussing afroamerikanischer Kinder, er hat den Neoliberalismus verinnerlicht, er hat für den Irakkrieg gestimmt usw.). Aber Tatsache ist, dass die Demokraten dieses Mal

einen Wahlkampf links von Biden geführt haben. Sie haben die Nöte ALLER Arbeitenden angesprochen, aller Frauen und Männer, zum Beispiel den Ausschluss aus der Krankenversicherung und die wachsende Not. Das war inhaltlich ein ganz anderer Wahlkampf als jener von Hillary Clinton gegen Trump vor fünf Jahren. Diesmal stand die soziale Frage im Zentrum. Bidens Politik muss das jetzt erst noch beweisen. Bleibt also das Problem, warum trotzdem 75 Millionen Trump gewählt haben. Und da sehe ich eine Differenz in unseren Analysen. Ohne Frage gibt es diverse Gründe. Der dominierende Grund aber ist Trumps rassistische Propaganda, die Weissen seien die Opfer der Farbigen (eine klassische faschistische Argumentation), der böse schwarze Mann sei gar kein richtiger Amerikaner und verdränge die Weissen usw. Die alte Sündenbock-Strategie. Also das Auspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander. Ich kenne die Lage, die Du am Beispiel Deiner Cousine beschreibst. Aber die Erklärung, dass die Demokraten die Nöte des «kleinen weissen Mannes» nicht ernst nehmen, ist heute falsch (obschon alle Medien damit gewuchert haben). Meine Kernaussage ist, dass unter einem neoliberalen Regime ALLE Arbeitenden leiden. Der erste Schritt zu dieser Erkenntnis (und zur Einheit) ist darum die Demontage des Mythos vom besonders diskriminierten «kleinen weissen Mann», der von den «Farbigen» verdrängt werde. Das belegen meine Zahlen von der Schlechterstellung afroamerikanischer Familien – nichts anderes. Die Arbeitenden haben übrigens in ihrer Mehrheit immer für die Demokraten gestimmt, sogar 2016.

EINIGKEIT. Weil ich in Marseille lebe und auch die italienische Realität genau beobachte, bin ich beim Thema Ethnisierung/Rassismus/Identitätsgeschwafel stark sensibilisiert. Das Bürgertum schwenkt gerade überall auf die Spaltungsstrategie ein. Klassisch (1930er Jahre), aber heute wieder brandgefährlich. Beim heutigen Stand der Dinge muss ich davon ausgehen, dass 2022 sowohl Frankreich wie Italien von Rechtsextremen regiert werden könnten. Mit Polen, Ungarn, Grossbritannien... Und was ist dann mit Deutschland? Richtig, nur die Einheit der Arbeitenden kann das stoppen. Sie beginnt damit, dass wir die Propaganda von der Verdrängung des weissen Mannes und der weissen Frau rabiat demontieren.

WORK 1 / 22.1.2021: DAS LONZA-WUNDER

Der Lonza-Lachgasskandal

Besten Dank für die verschiedenen sehr interessanten Artikel über Lonza. Die letzte work-Ausgabe enthielt zudem mehrere hochinteressante Artikel, wirklich gut gemacht! Zum kurzen

Interview mit Rolf Soiron möchte ich aber einen Hinweis geben: Seine Antwort auf Ihre sehr berechtigte Frage zu Umweltverschmutzungen bzw. von ihm völlig verharmlosend «Umweltverbrechen») ist reichlich schöngefärbt. Das Verhalten der Lonza-Konzernchefs ist skandalös. Seit Jahrzehnten stösst das Werk in Visp riesige Mengen an Lachgas aus; dieses Gas ist 278 Mal klimaschädlicher als CO₂-Autoabgase.

KURT AMREIN, HOCHDORF LU

Der Lonza-Quecksilberskandal

Würden die chemotoxischen, krebserregenden Schwermetalle, welche die Lonza AG zum Teil tonnenweise ins Grundwasser freigesetzt hat, einfach vergessen? Wurde vergessen, dass der Quecksilberskandal im Oberwallis ebenfalls Menschenleben kostete? Die Behörden des Kantons haben jahrelang die Kontamination des Grundwassers mit krebserregenden Schwermetallen verheimlicht.

ULRICH FAKHREDDINE, VIA FACEBOOK

WORK 1 / 22.1.2021: SCHREINERMEISTER VERHOBELN DEN GAV

Das wird sich rächen

Mein Patensohn hat gerade die Lehre fertig. Ein tüchtiger, zuverlässiger und liebenswerter junger Mann. Begeistert von seinem Beruf. Aber er findet keine Festanstellung. Nur immer Kurzzeitsjobs, wo man gerade am Anschlag ist und einen Fachmann braucht. Es ist eine Schande, wie man mit jungen Berufsleuten umgeht. Das wird sich rächen. Das RAV rät ihm übrigens zu einer Umschulung. Eines Tages werden uns die Fachleute ausgehen. Nicht nur in dieser Branche.

AGATHA WETTSTEIN-BETSCHON, VIA FACEBOOK

WORK 1 / 22.1.2021: BLOCHER IST NICHT TRUMP, ABER...

Neues Vertrauen

Die Abwahl von Christoph Blocher hat mein Vertrauen in die schweizerische Demokratie wiederhergestellt.

ALFRED SCHLÄPFER, VIA WORKZEITUNG.CH

INSERAT

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Mit unseren rund 190 000 Mitgliedern und 1 200 Mitarbeitenden engagieren wir uns für faire Arbeitsbedingungen und eine soziale Schweiz. Dies dynamisch und kämpferisch. Möchten Sie sich für eine gute Sache einsetzen? Lernen wir uns kennen.



Die Gewerkschaft.

Verstärken Sie unser nationales Sektorleitungsteam in Bern ab 1. April 2021 oder nach Vereinbarung als

Nationale/-r Gewerkschaftssekretär/-in für Dienstleistungsbranchen 80%

- Das bewegen Sie:**
- Gewerkschaftlicher Aufbau in Dienstleistungsbranchen (insbesondere im Detailhandel)
 - Vorbereitung, Leitung und Koordination von Kampagnen
 - Führung von Verhandlungen

- Das bringen Sie mit:**
- Erfahrung als Gewerkschaftssekretär/-in oder in verwandten Berufstätigkeiten
 - Erfahrung in der Leitung von Kampagnen und Projekten
 - Konzeptionelles und strategisches Denken
 - Organisations- und Planungsfähigkeit
 - Grosse Überzeugungskraft und Kommunikationsfähigkeit
 - Sehr gute Deutschkenntnisse mit guten Französischkenntnissen oder umgekehrt

Das bieten wir
Eine spannende und vielfältige Arbeit in der Unia-Zentrale. Bei der Unia kommen Sie in den Genuss von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen. Unter anderem: 40-Stunden-Woche, mindestens 5 Wochen Ferien, ein fairer Lohn sowie attraktive Elternurlaube. Wir unterstützen die Teilzeitarbeit. Dazu gehört auch, dass Sie Beruf und Familie vereinbaren können. Zudem fördern wir Ihr Entwicklungspotential. Freuen Sie sich auf ein wertschätzendes, kollegiales und lebhaftes Umfeld mit flachen Hierarchien.

Interessiert?
Senden Sie Ihr komplettes Bewerbungsdossier per E-Mail an: bewerbung.be@unia.ch.

Ihre Fragen zur Stelle beantworten Ihnen gerne Véronique Polito oder Mauro Moretto (Co-Leitung des Sektors) unter Tel. 031 350 24 71 und Tel. 031 350 22 93.

Gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen

CECILIA MACHADO**JAKOBS-WEGLERIN**

Cecilia Machado lebt in Zürich. Sie hat einen Sohn (27), der Sozial- und Kultur-anthropologie studiert. Machado liebt das Wandern. «Es ist



auch ein ganz praktisches Hobby, weil es fast immer möglich ist und keine grosse Ausrüstung braucht!» Vor ein paar Jahren ist sie vom Bodensee über Santiago de Compostela in Spanien bis Kap Finis-terra gelaufen, dem eigentlichen Ende des Jakobsweges. Sie war teilweise in einer Gruppe, häufig auch alleine unterwegs. Aber leider musste sie nach einem Skiunfall ihr Knie operieren und ist seither nicht mehr ganz so wanderfreudig. Dafür befriedigt sie ihre grosse Neugierde mit Gedankenreisen beim Lesen. Machado interessiert sich auch fürs Malen und für Musik.

UNIA-MITGLIED. Cecilia Machado ist Unia-Mitglied und versteht nicht, wieso in den Spitälern nicht alle Mitarbeitenden in der Gewerkschaft sind: «Nur gemeinsam können wir etwas verbessern!» Machado arbeitet 100 Prozent und hat ein Jahreseinkommen von netto 63000 Franken.



Cecilia Machado (60) sorgt für gelungene Operationen

«Die Schere zum Beispiel ist nicht einfach eine Schere»

Vom feinsten Skalpell bis zur grössten Säge: Sterilisations-Assistentin Cecilia Machado kennt diese Instrumente alle. Und weiss um die Kunstwerke, die sie in Operationssälen vollbringen können.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS NICOLAS ZONVI

Skalpell, Schere, Klemme – Säge, Bohrer, Hammer: bei manchen mögen diese Werkzeuge Unbehagen verursachen. Cecilia Machado (60) Augen hingegen bringen sie zum Leuchten. Und schon beginnt sie zu erzählen: «Es gibt so viele unterschiedliche Instrumente! Die Schere zum Beispiel ist nicht einfach eine Schere: Es gibt gebogene, gerade und gewinkelte, stumpfe und spitze, aus Edelstahl und Titan, grosse und kleine ...» Oder die Klemmen: «Es gibt eine ganze Welt der Klemmen!» Als Technische Sterilisationsassistentin weiss Machado, welche chirurgische Symphonie die Instrumente spielen: «Nehmen wir zum Beispiel einen Kaiserschnitt. Da braucht es verschiedene Scheren, Nadelhalter, verschieden grosse Klemmen, Zangen ...» Die kleinsten und feinsten Instrumente werden für Au-

gen- und Gehirnoperationen verwendet. Die grössten und robustesten für orthopädische Eingriffe.

STETS KONZENTRIERT. Machado und ihre rund 15 Kolleginnen und Kollegen sorgen in der Klinik Hirslanden in Zürich dafür, dass diese Instrumente nach einer Operation in einwandfreiem Zustand und absolut keimfrei wiederverwendet werden können. Dafür werden die Siebe – oder: Operationssets – zuerst gewaschen und desinfiziert. Danach folgt Machados Kernaufgabe: sie kontrolliert alle Instrumente. Schaut, ob sie sauber und intakt sind. Montiert diejenigen wieder zusammen, die für den Waschgang zerlegt werden mussten. Alle Werkzeuge müssen in der richtigen Reihenfolge und komplett auf dem Sieb sein. Als nächstes verpackt Machado die Instrumente. Zusätzlich kommt in jedes Operationssieb eine Markierung, damit das Team im Operationssaal weiss, dass das Sieb kontrolliert wurde und garantiert steril ist. Zum Schluss wird das gesamte Set mit Dampf sterilisiert. Gewisse Siebe haben

werden, etwa bei Kaiserschnitten oder in der Unfallchirurgie. Machado erklärt: «Wir müssen immer voll konzentriert arbeiten, auch in hektischen Situationen. Es gibt kein «halbes Korrekt», denn es kann um Leben oder Tod gehen.»

Gibt es viele Notfälle, haben auch Machado und ihr Team viel zu tun. Es kann auch hektisch werden, wenn viele Siebe gleichzeitig aus den Operationssälen in die Zentralsterilisation kommen. Nur während des Lockdowns im Frühling, da habe man schon bemerkt, dass weniger operiert werde, erinnert sich Machado. Sie war selbst schon bei vielen Operationen als Beobachterin dabei: «Es ist wichtig, dass ich als Sterilisationsassistentin weiss, wofür die Instrumente verwendet werden.» Und sie macht es auch aus Faszination: «Manche Operationen sind wahre Kunstwerke!»

STETS À JOUR. In Brasilien, wo Machado aufgewachsen ist, hat sie als Hilffschwester gearbeitet. Die Schweiz war eigentlich nur ein Zwischenstopp auf dem Weg nach Rom, aber der Liebe wegen ist sie geblieben. «Meine Freundinnen in Rom hatten bereits eine Wohnung für mich gefunden. Doch dann lernte ich meinen Mann kennen», erinnert sich Machado und lacht. Das war vor über 30 Jahren, und fast genauso lange arbeitet sie schon in der Klinik Hirslanden. Machado erinnert sich: «Auf einem Spaziergang habe ich das Spital gesehen, das schöne Gebäude, den Blick auf den See.» Da habe sie gesagt, dass sie gerne an einem solchen Ort arbeiten würde. Prompt rief ihr Mann in der Klinik an, und siehe da, sie hatten noch freie Stellen. Weil sie noch nicht so gut Züritütsch konnte, wollte sie nicht direkt mit den Patientinnen und Patienten arbeiten und entschied sich deshalb für die Sterilisationsabteilung. Und ist

noch immer Feuer und Flamme für ihren Job: «Es ist so interessant!» Der technologische Fortschritt war in dieser Zeit enorm. Es gibt immer wieder neue Instrumente, neue Materialien. «Ich werde nie müde, Neues zu lernen», erklärt Machado – und da ist es wieder, dieses Funkeln in den Augen. Deshalb ist sie bei der Sterilisation geblieben, selbst als ihr Deutsch viel besser wurde. Um ständig à jour zu sein, hat sie zahlreiche Kurse besucht, ein Stapel Zertifikate zeugt davon. Darunter eines als Ausbilderin. «Als ich anfing, hatte ich viele Fragen, die mir niemand so richtig beantworten konnte.» Das habe sie ihren neuen Kolleginnen und Kollegen ersparen wollen, und deshalb habe sie diesen Kurs besucht.

SICHTBAR WERDEN. Mühe hat sie hingegen mit dem Spätdienst. In der Zentralen Sterilisation gibt es von Montag bis Freitag einen Früh- und einen Spätdienst, zu denen jeweils sechs bis sieben Mitarbeitende eingeteilt sind. Der Frühdienst beginnt um 6 oder 7 Uhr, der Spätdienst um 13 Uhr und dauert bis 22 Uhr. Machado hat immer eine Woche Früh- und eine Woche Spätdienst. «Leider kann ich wegen des Spätdienstes keine Kurse besuchen. Auch Treffen mit Freundinnen unter der Woche sind schwierig.»

Dennoch trifft sich Machado zweimal pro Monat mit anderen Frauen der feministischen Bewegung. Die Sichtbarkeit migrantischer Frauen liegt ihr am Herzen: «Migrantinnen leisten einen riesigen Beitrag an die Gesellschaft in diesem Land, doch wir sind unsichtbar, haben keine Stimme.» Das sei auch in ihrem Job so. Die Sterilisation spiele zwar eine zentrale Rolle für eine gelungene Operation. «Doch wir bleiben hinter der Bühne, den Applaus ernten andere.»



SCHERE, PLASTIC, PAPIER: Machado und ihre Kolleginnen und Kollegen sorgen dafür, dass die Instrumente nach einer Operation in einwandfreiem Zustand und absolut keimfrei wiederverwendet werden können.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannesupe@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch. **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.